

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich .00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Poststelle oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 292.

Donnerstag, den 13. Dezember 1917.

24. Jahrg.

Nach einem Jahre.

Am 12. Dezember war ein Jahr vergangen, seit die Regierungen der Vierverbandsmächte gemeinsam Friedensunterhandlungen anboten. Die Hauptstelle jener geschichtlich bedeutsamen Urkunde, die damals der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg im Reichstag verlas, lautet:

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgedrungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsche befeuert, weiteres Blutvergießen zu verhindern und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlugen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens. Wenn trotz dieses Anerbietens zum Frieden und Versöhnung der Kampf fort-dauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung vor der Menschheit und der Geschichte ab.

Wir haben damals sogleich als Mangel des Angebots die fehlende Bestimmtheit bezeichnet: außer den dehnungs- und auslegungsfähigen Worten von Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker war nichts von Kriegszielen gesagt. Allerdings hatte Bethmann vorher sich schon sympathisch geäußert zu den Bestrebungen wegen Schaffung einer neuen, künftig den Frieden sichernden Staatengesellschaft, und er hatte auf diese Weise die Fehlerhaftigkeit älterer Ausprüche über Schließung vor Einfallsstören, Kriegskarte und ähnlichem teilweise ausgeglichen. Aber die Sprache des neuen Angebots vermochte doch nicht so zum Herzen der Völker in Feindsland zu dringen, daß sie in Bewegung gesetzt und ein Druck auf die Entente-Regierungen ausgeübt wurde. Und der Reichstag verstand seine Aufgabe so schlecht, daß er den Fehler, den er in der polnischen Sache begangen hatte, wiederholte und sich zunächst von jeder Erörterung der Angelegenheit ausschloß. So wurde das Verhandlungsangebot ausschließlich eine Sache der Regierungen, statt der Völker; die Diplomatie behielt in den Händen, was sie unheimlich genug bis dahin behauptet hatte. Warum die Regierungen der Entente sich jeder Verhandlung entziehen mußten, das ist inzwischen auch dem klar geworden, der nicht Zeichen deuten und Stimmungsmerkmale sich nicht erklären konnte. Die von der Bolschewik-Regierung veröffentlichten Geheimdokumente bewiesen, daß unmöglich die Entente verhandeln konnte; denn ihre Ziele setzten die Niederwerfung des Vierbundes voraus. Die wirkliche Kriegslage stand dazu in tristem Mißverhältnis. Dem Vierbundsangebot war so unmittelbar vorausgegangen die Niederwerfung Rumäniens, das die Entente als letzten und höchsten Siegesposten in ihre Rechnung eingestellt hatte. Sechs Tage vor Kundgabe ihres Verhandlungsangebots waren Truppen des Vierbundes als Sieger in Bukarest eingezogen!

Ein erhabener Zug ging durch das Verhandlungsangebot, weil nicht ein Unterlegener es machte, sondern weil es ausging von der Partei, die kriegerisch im Vorteil und eben wieder ihre Waffen neu mit Lorbeer umwunden hatte. So aber stünde es jetzt abermals, falls das Angebot erneuert werden sollte. Denn wie vor einem Jahre Vierbundsheere zum Sereth marschierten, so sind sie jetzt an die Piave gelangt! Doch das Angebot wird nicht wiederholt; denn inzwischen gedeihen die Dinge weiter, inzwischen ist der Diplomatie ein großes Stück der Friedensvorbereitung aus den Händen genommen und ein neuer Weg zum Frieden geöffnet worden. Zunächst freilich war dem Krieg weitere Ausdehnung gegeben worden: den am 1. Februar 1917 begonnenen unbeschränkten Tauchbootkrieg hatte Amerika mit der Kriegserklärung beantwortet, die erst an Deutschland erfolgte, jetzt auch Oesterreich-Ungarn zugesellt werden soll. Seitdem rüstet das gewaltige Reich im Westen: der Bau einer Riesenslotte ist begonnen, die Dienstpflicht ist eingeführt, Millionenheere werden aufgestellt. Und der Zug der Basillen Amerikas und Englands mehrte sich, immer länger wurde die Liste der Staaten, die mit Deutschland brachen. Die Entente hatte mit unheimlicher Treffsicherheit ihre Ziele abgefeuert, hatte den Machtkrieg zum Ideen-kampf umgedeutet und „für die Freiheit gegen preußische Welt-herrschaft“ in aller Welt die Analphabetenwörter in Bewegung gesetzt: Portugal und Liberia, Argentinien und Ecuador — der Deutsche mußte bisweilen den Geographie-atlas aufschlagen, um zu sehen, wo denn der jüngste Feind eigentlich zu Hause sei. So überwältigend groß die Führung der deutschen Heere, so unzulänglich die Führung der deutschen Politik, die nirgends in der Welt die Sympathien Deutschland zuzuwenden verstand und sogar in der inneren Politik erst gestupft und gestoßen werden mußte, um einzuleiten, was die Zeit gebieterisch verlangte.

Nach den Zwischenspielen der Stockholmer Konferenz, die der russischen Revolution entsprang, und des päpstlichen Vermittlungsversuchs, der aus der Idee von Stockholm erwuchs, ist aber die proletarische Revolution Russlands ein mächtiger Friedenshebel geworden. Die Bolschewiki gaben der Welt die dreifache Formel: Keine Annexionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker, und durch die rückwärtslose Zerreißen der Ententejessen ließen sie Regierungen und Völkern den Ernst ihres Willens und Strebens verspüren. Deutschland sah sich veranlaßt, die

Dreiheit der Formel grundsätzlich anzunehmen und dadurch das Friedensprogramm der Antwort an den Papst bestimmter zu fassen. Jetzt ging es vorwärts: an der Diktator ruhen die Waffen! Ja oder nein, diese bestimmte Antwort heißt die Bolschewiki-Regierung von den Ententemächten auf die Frage, ob sie dem Waffenstillstand als Einleitung zu Friedensverhandlungen sich anschließen wollen. Eure Rede sei: Ja, ja, Nein, nein; was darüber ist, das ist vom Uebel.

So hat denn die Welt nach abermals einem Jahr voll Blut und Tränen noch nicht den Frieden. Aber es spricht Volk zu Volk, die Diplomaten haben die Sache nicht mehr allein in den Händen. Endlich werden die Völker ihre Sache zum Ende und der Menschheit den Frieden bringen!

Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen.

W. B. Petersburg, 11. Dezember. Am 28. November nachts traf unsere Friedensabordnung, entsprechend der Beratung in Breit-Litowsk ein und traf die Abordnungen der Mittelmächte am 29. November mittags. Außer den vom Rat der Volkskommissare beauftragten Vertretern der politischen Parteien nahmen an unserer Abordnung von Armee und Flotte entsandte Militärvertreter teil, um die notwendigen Aufklärungen zu geben. Ueber einige Punkte wurde in den ersten Sitzungen ein Einverständnis erreicht. Die bürgerliche Presse hatte einen Mißerfolg der Verhandlungen ausposaunt, wurde aber nicht übel enttäuscht. Ihr Lügenunternehmen wird in allen Punkten entlarvt. Die Erzählungen von der Räumung von Petersburg, der Abtreibung Finnlands und Zurücknahme der Front um 100 Werst werden von jedermann genügend gemüßigt. Die Unterbrechung des Waffenstillstandes auf eine Woche wurde auf russischer Seite dazu bestimmt, sich nochmals an die Alliierten zu wenden und nochmals Soldaten und Proletarier aufzurufen, nachdrücklich in den Gang der Ereignisse einzugreifen. Der Entschluß wurde ausgeführt. Der Rat der Volksbeauftragten schlug den alliierten Ländern vor, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen; aber keine Antwort wurde vernehmbar. Die Verantwortlichkeit fällt auf sie. Die russische Abordnung reist ab, um die Waffenstillstandsverhandlungen fortzusetzen; sie reist, gestützt auf die moralische Kraft der siegreichen Revolution der Arbeiter und Bauern, und sie reist, um die Kanonen zum Schweigen zu bringen und die Gemehre sich senken zu lassen an den ganzen Fronten von Baltischen bis zum Schwarzen Meere. Die russische Abordnung wird die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluß bringen und wird fortfahren, wie sie angefangen hat, nicht wie einer, der sich ergibt, sondern als die bevollmächtigte Vertretung des Landes und eines aufrechten Volkes, worauf sich die Blicke von Millionen und Abermillionen Arbeiter und Soldaten der ganzen Welt richten.

Asquith und Lansdowne.

Reuter meldet aus London vom 12. Dezember: Asquith hielt in Birmingham eine Rede, in der er erwähnte, daß er sich vor Augen halten müsse, nicht nur zu den unmittelbaren Zuhörern zu sprechen, sondern daß er ebenso zu der unsichtbaren Zuhörerschaft seiner Landsleute, der Alliierten, der neutralen Welt und des Feindes spreche. Das sei Grund genug zur Vorsicht und Abwägung der Worte, wie zur Vorsicht gegen plausible aber ungerechtfertigte Folgerungen, wie zur Vermeidung unsichler Rhetorik. Damit sei keine Rechtfertigung gegeben dafür, sich auf sichere farblose Allgemeinheiten zu beschränken. Er werde bestrebt sein, seine Meinung bestimmt und klar abzugeben. Asquith fuhr fort: Ich kann nicht vergessen, daß ich mit meinem Freunde und Amtsgenossen Grey eine größere Verantwortung habe, als sie je in der Geschichte vorlag. In der Tat, die Verantwortung war angehts der sichbaren voraussehbaren Umstände in der Zeit schwer; sie wurde noch schwerer in den folgenden Jahren, in denen wir Zeuge waren, wie der Schauplatz des Krieges sich vergrößerte, bis er mittelbar oder unmittelbar die Mehrheit der Bevölkerung der Welt ergriff. Schwer ist die Verantwortung eines jeden, dessen Hände Teil hatten an der Entzündung des Feuers, das diesen Kessel mit seiner höllischen Glut heizte. Wir suchten es nicht; wir hätten uns fernhalten können mit der Ausrede, daß unsere Verpflichtung Belgien gegenüber eine gemeinschaftliche und nicht eine Sonderverpflichtung war. Mit anderen Worten, wir hätten für uns Frieden haben können um den Preis der Rechtsverdringung und um den Preis der Schande. Wir waren der Ansicht, daß der Friede, dies ungeschätzte der menschlichen Güter, solchen Preis nicht wert war. Ich behaupte entschieden: Mit aller Kenntnis, die wir jetzt haben von dem jemals unvorstellbaren Schrecken des weltumfassenden Krieges: Sollte ich noch einmal die Zeit durchleben, ich würde dieselbe Entscheidung treffen. Stellen Sie sich nur vor, daß der Krieg mit einem Frieden endet, der die Erreichung unserer ursprünglichen Ziele sicherstellt, damit er an sich Bürgschaften für seine Dauer enthält; ein solcher Frieden würde das oberste beherrschende Bedürfnis der Welt. Es gibt zurzeit keinen größeren Feind des Menschengeheißes als den Mann, der durch Wort und Tat das Erreichen des Friedens erschweren würde.

Hierauf sprach Asquith von dem Brief Lansdownes, und nachdem er seinen politischen Fähigkeiten, seinen Ratshlagen und der Wärme seiner Vaterlandsliebe Anerkennung sollte, fuhr er fort: Ich möchte von meinem Briefe nicht mehr als irgend ein Mi-

glied der Regierung, bis ich ihn in der Presse sah. Ich trage keine Verantwortung für seinen Inhalt, weder direkt noch indirekt, aber ich muß bekennen, daß viel von der Kritik, die dem Briefe widerfuhr, mir daher zu rühren scheint, daß Meinungen und Absichten hineingelesen wurden, die ich nicht darin finde. Wenn Lansdowne vorgeschlagen hätte, daß wir unsere Kriegführung abschwächen oder die Sache eines oder mehrerer Verbündeten preisgeben sollten, oder daß wir den Feinden, die es bisher kühnig ablehnten, ihre Bedingungen anzugeben, oder auch nur anzudeuten, mitteilen sollten, daß wir bereit seien, um Frieden zu bitten — und ich sehe, daß alle diese Auslegungen seinem Briefe entweder im Inland oder in anderen Ländern zugeschrieben wurden — sind wenige unter uns, die sich von irgendwelchen derartigen Vorschlägen nicht abwenden würden. Ich nehme aber an, daß sein Hauptargument folgendes war: Die Alliierten sollten, während sie den Krieg kraftvoll fortsetzen, bemüht sein, den Völkern der Welt, sowohl den Kriegführenden wie den Neutralen, immer mehr klar machen, daß die einzigen Ziele, für die wir kämpfen, national unegennütige Ziele an sich sind, und daß es diejenigen Ziele sind, für die wir in den Krieg eintraten, und daß wir durch ihre Erreichung, unserer Ueberzeugung nach, nach einer dauernden Friedensbürgschaft trachten, begründet durch die gemeinschaftliche Autorität des internationalen Bundes. Um die jüngsten Worte Wilsons zu gebrauchen, so ist das Ziel zu wirksamer Gestaltung zu bringen, die Teilnahme nicht allein der Regierungen, sondern auch der Völker, die fortan den Weltfrieden verürgen müssen. Selbst jetzt ist es reichlich klar, daß nicht die Regierungen, sondern die Völker der feindseligen Länder künstlich im Dunkel gehalten werden über unsere tatsächlichen Absichten sowohl hinsichtlich des Krieges als des Friedens: ich werde weiter tun, was ich kann, um den Schleier zu lüften und womöglich einige Lichtstrahlen hineinzulassen. Die Wichtigkeit, wie ich glaube, vorherrschende und dauernde Verleumdung unserer Kriegsziele liegt darin, daß die fernere, wenn auch uneingeständene Absicht der Alliierten darin bestehe, das deutsche Volk und Deutschland nicht allein zu besiegen, sondern auch zu vernichten, in Armut zu versetzen und schließlich als Faktor für die weitere und reichere Entwicklung der Menschheit zu vernichten. Es muß natürlich eingeräumt werden, daß weder hier noch in Amerika irgend ein derartiges Ziel aufgestellt oder auch nur vorgeschlagen worden ist. Ich gebe auf meine eigenen Angaben unserer Kriegsziele zurück, die ich in der Guildhall im November 1914 machte. Damals sagte ich, daß wir das Schwert nicht früher in die Scheide stecken würden, als bis die militärische Herrschaft Preußens ganz und endgültig zerstört sei. Bezüglich dessen, was wir unter preußischen Militarismus verstehen, verweise ich wiederum auf die letzte Rede des Bräutigams Wilson.

Niemand bedroht den Bestand, die Unabhängigkeit und die friedlichen Unternehmungen des Deutschen Reiches. Niemand unter den Alliierten versucht, oder nimmt sich heraus, die innere Verfassung und die Einrichtungen dem künftigen Deutschland vorzuschreiben. Es ist ein eingewurzelter Grundgedanke der Demokratie, daß jedes organisierte Volk der wahre, maßgebende, endgültige und einzige verantwortliche Richter seiner eigenen Regierungsform ist. Es ist also ihre eigene Sache. Woran wir und die übrige Welt beteiligt sind, ist nicht das Volk, sondern das System, das als Werkzeug zuerst in Preußen und dann im übrigen Deutschland verwendet wurde. Neue doppelte Maschinen des Militarismus und der Bureaucratie sind zwei Maschinen, die sorgfältig und sinnreich ineinander arbeiten. Das ist das System, welches die Gewalt als oberste Macht auf ihren Thron gesetzt hat, welches sich selbst bei der Verfolgung seiner vermeintlichen Interessen der Freiheit verweigert hat, je nach den Bedürfnissen der Stunde, die feierlichsten Verträge zu fällen, sie zu verhandeln oder aufzuheben. Das System, das in der Tat mehr als eine päpstliche Macht ist, und beansprucht, sich freizusprechen von den Verpflichtungen und den Beschränkungen, die die Rechte der Völker der Welt schützen. Das muß aufhören. Deutschland muß lernen, daß dieses System sich nicht bezahlt macht. Wir haben und wünschen keinen mörderischen, dauernden Streit mit der deutschen Nation. Wir erkennen an, was sie zu dem gemeinsamen Vorrat an Wissen, in der Fortschritt nach materiellen und geistigen Hilfsquellen beizutragen hat und wie ich glaube, noch beitragen wird. Aber wenn ein Vertrag geschaffen werden soll, ein wirklicher dauernder Vertrag, so muß er mehr sein, als ein Stück Papier geschrieben mit Tinte und besiegelt mit Wachs. Er muß sich gründen auf den authentischen Beweis, daß das deutsche Volk bereit ist, ebenso wie wir den Grundgedanken des gemeinsamen gleichen Rechtes nicht nur als bloß technische oberste, sondern als tatsächlich beherrschende Autorität in der Welt anzunehmen, was durch geeignete wirksame Maßnahmen vermittelt werden könnte. Ein anderes, in gleicher Weise eingewurzelttes Mißverständnis ist, daß die Alliierten, besonders England, für ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele die Zerstörung dessen anstreben, was man mit unbefriedigtem Ausdruck die Freiheit der Meere nennt. Ich habe vergeblich versucht, eine genaue oder wenigstens annähernde Begriffsbestimmung dieser Redensart zu finden. Niemand bestreitet, daß in Friedenszeiten die Meere der Handelsverkehr aller Nationen der Welt offen sind und dauernd offen sein müssen. Was für eine Klausel wäre es, deren Aufnahme Großbritannien zum Beispiel in den Friedensverhandlungen vorgeschlagen würde, die dieses natürliche uralte Recht verkürzen oder fesseln könnte? Wenn daher diese Formel überhaupt irgendwelche Bedeutung hat, kann sie dazu gebraucht werden, in Kriegszeiten berichtigende Macht, die gerade die See beherrscht, irgendeine neue Beschränkung in ihren Rechten als kriegsführende Macht zuzumuten. Für die Landführung wird keine entsprechende Einschränkung angeregt, wo die bestehenden Vereinbarungen feierlicher Art im gegenwärtigen Kampfe durch den Feind planmäßig verletzt wurden. Es liegt hierin tatsächlich eine Bedeutung, die wohl wert ist, zu erwägen, ob nicht etwas getan werden soll, um die Freiheit der Meere zu sichern. Ich meine natürlich, daß die Führung des widerrechtlichen und schändlichen Unterseebootkrieges mit seinen grausamen Opfern unschuldiger Menschenleben, der uns zwang, unsere Handelschiffe zu be-

Die Schweiz und die Bolschewikeregierung.

Im schweizerischen Nationalrat verlangte der Sozialist Graher (Neuenburg) bei Beratung des Voranschlags des politischen Departements vom Bundesrat Aufschluss über seine Haltung gegenüber der Leninischen Regierung und forderte den Bundesrat auf, die Friedensvermittlung in die Hand zu nehmen. Der Redner rühmte dabei Lenin als Charakter, der die Vorwürfe eines deutschen Agenten niemals verdiente. Der Bundesrat Ador bedauerte, daß Graher den Bundesrat von seiner Anfrage nicht vorher unterrichtet habe, so daß er leider nicht in der Lage sei, namens des Bundesrats irgendwelche Erklärungen abzugeben. In Bezug auf die tatsächlichen Verhältnisse machte der Chef des politischen Departements folgende Mitteilungen: Kerenski hatte einen Gesandten für die Schweiz ernannt, dem das nachgesuchte Agrement vom Bundesrat erteilt wurde. Dieser Gesandte ist aber bisher nicht in der Schweiz eingetroffen. Inzwischen wurde Kerenski gestützt und Lepin gelangte aus Kuder. Die russische Regierung hat dem Bundesrat bisher kein Lebenszeichen gegeben und auch keine diplomatische Vertretung in die Schweiz geschickt. Sollte der von Kerenski ernannte Gesandte nachträglich in Bern eintreffen, so würde er natürlich als Privater zu behandeln sein. Einen offiziellen Akt der Leninischen Regierung stellte die Uebermittlung des Friedensvorschlages an unseren Gesandten in Petersburg sowie an andere neutrale Gesandte dar. Der Empfang dieses Friedensvorschlages wurde von unserem Gesandten bestätigt. Die Uebermittlung der Friedensvorschlages an die Mittelmächte stand den Regierungen zu, die die Interessen der Mittelmächte in Russland vertreteten. Das ist geschehen und damit ist die Sache materiell erledigt. Graher wünscht eine Erklärung des Bundesrats über seine Geneigtheit, für die Herbeiführung des Friedens zu intervenieren. So sehr wir den Frieden herbeiführen und so sehr die Schweiz die nützlichste Rolle zugunsten des Friedens beanspruchen möchte, ist doch festzustellen, daß ein solcher Schritt heute die gegenseitige Wirkung haben und dem Ansehen der Schweiz schaden könnte.

Panama und Osterreich-Ungarn.

Neuer meldet aus Newyork: Die Republik Panama hat den Krieg an Osterreich-Ungarn erklärt.

Interessante Mitteilungen aus der Kriegsführung

machte der Osterreich-ungarische Kriegsminister den Heeresauschüssen der Delegationen. Reklamiert sind noch 1 1/2 Millionen Dienstpflichtige. Fast die Hälfte des Heeresersatzes stellen die Wiederbesessenen. Aktive Offiziere verhalten sich zu Reservoffizieren wie 1 : 4. 65 000 Reservefährlinge werden ausgebildet (aus Dienstpflichtigen mit Einjährigemrecht). Von den 22 000 Verletzten des Reiches sind 14 500 militärisch tätig. Es sind wieder gesehen von den Verwundeten und Erkrankten im ersten Kriegsjahr 78 Prozent, im zweiten 83 Prozent. Die Seuchen sind im zweiten Kriegsjahr um die Hälfte zurückgegangen, doch tritt in Albanien viel Malaria auf. 45 000 tuberkulöse Soldaten stehen in Gyrjorge. Hier steigen die Erkrankungen, ebenso bei Trachem (ägyptischen Augenentzündung) und Geschlechtsleiden. 200 000 Soldaten sind als invalid erklärt, davon aber nur sehr wenige ganz erwerbsunfähig. 22 000 Schwestern sind im Dienst. — Die Seuchen bei den Gefangenen sind erloschen. 10 000 Offiziere und 1 1/2 Millionen Soldaten sitzen in der Doppelmonarchie in 41 Lagern gefangen. Für 50 000 Internierte mußten Unterkünfte beschafft werden. Die Einziehung der Kirchenglocken ergab 12 Millionen Kilogramm Kupfer, die der Kupferdächer 1 1/2 Millionen Kilogramm.

Die Zahl der Munitionsbetriebe hat sich seit Kriegsbeginn von 50 auf 600 Haupt- und 1900 Unterbetriebe erhöht. Der Marinekommandant teilte mit, daß die r. u. l. Marine 12 Schiffe mit zusammen 9000 Tonnen verloren, 36 feindliche Schiffe mit 180 000 Tonnen vernichtet hat. Die Donauflotte verlor 4 Fahrzeuge. Der Mannschaftsstand der Marine betrug — wie öffentlich mitgeteilt wird — 1914: 32 000, 1915: 46 000 und 1916: 53 000. In den drei Jahren erkrankten zusammen 58 000 Soldaten. Die Heilungsergebnisse waren recht günstig. Die Marine kostete in den drei Kriegsjahren 190, 276 und 379 Millionen Kronen. Es wird dringend die Erneuerung der Torpedo- und U-Boot-Flottilien gefordert.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen neue Fideikomisse.

Ein demnachst dem bayerischen Landtag von der Regierung eingehender Gesetzentwurf unterliegt während des Krieges und für eine bestimmte Zeit nachher die Neubildung von Fideikomissen und die Vergrößerung bereits bestehenden Fideikomisse. Dieses Vorgehen ist nur zu begrüßen und verdient Nachahmung bei den übrigen deutschen Bundesstaaten.

Lehrerzulassung für Beamte.

Im Staatshaushaltsauschuß des preussischen Abgeordnetenhauses erklärte sich der Finanzminister damit einverstanden, daß die verheirateten Beamten eine einmalige Lehrerzulassung von 200 Mk. (für jedes Kind 20 Mk. mehr) und die Unverheirateten 150 Mk. erhalten. Der Minister sagte ein gleiches Vorgehen im Reich zu, konnte aber eine Erhöhung der laufenden Kriegsbefehle jetzt nicht in Aussicht stellen.

Dr. Lewald Unterstaatssekretär.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Direktors im Reichsamt des Innern, Dr. Lewald, zum Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern.

Preussische Wahlrechtskundgebungen.

Im westlichen Westfalen findet zurzeit eine Reihe großer Versammlungen statt, die alle eine wichtige Willenskundgebung für ein allgemeines gleiches Wahlrecht bedeuten. In Schwerte (Wahlkreis Dortmund-Hörde) sprachen am Sonntag die Herren Wolfenbühler-Berlin und Stadter-ordneter Redenbea-Dortmund über „Die letzten Vorkommnisse im Reich und die Wahlrechtsvorlage in Preußen“. In Hörde sprach der Reichstagsabgeordnete M. König über dasselbe Thema. In Anna sprachen die Herren Mollke-Berlin und Parteisekretär Klupsch-Dortmund. Der Besuch war überall sehr gut, die Stimmung fest und entschlossen. Allgemein wurde auch die große Wichtigkeit der Wahlrechtfrage gerade für die Bergarbeiter betont, da der Landtag für Berggesetzgebung zuständig sei. Die Bergarbeiter beklagen sich bitter, daß der Landtag des Dreiklassenwahlrechts schwere Schuld auf sich geladen, weil er den Bergarbeitern trotz der Massenopfer auf dem Schlachtfeld des Vaterlandes immerfort den notwendigen Schutz ver-

waffnen und nicht allein die Kriegsführenden, sondern auch die Neutralen beipfehlenden Gefahren auszuweichen, die bisher in den Annalen des Seerrieges unbekannt waren. Ich glaube kaum, daß wir noch sehr viel von den Lippen des Feindes von der Freiheit der Meere werden reden hören. Schließlich besteht auch die Ansicht, daß der Friede, den wir im Sinne haben, ein schmerzlicher und ein Vorwand sein solle, den Krieg unter einem anderen Namen fortzusetzen. Kein Friede wäre nach meiner Ansicht und heftigsten auch nach der Prüfung des Namens wert, der trotz der Einstelllung der Feindseligkeiten und Niederlegung der Waffen zu-stücke oder hinstückte, daß, wie ich früher sagte, ein verhängnisvoller Krieg eintrete, der mit anderen Methoden, aber nicht weniger kriegerischem Geiste geführt werde. Ich behaupte und werde weiterhin so kräftig wie einer diese Behauptung verfechten, daß es unter gutes Recht ist, alle rechtmäßigen Methoden, wirtschaftliche wie militärische, anzuwenden, um unsere Hauptziele zu sichern, und einen solchen dauernden und ruhmreichen Frieden zustande zu bringen, wie ihn die Welt braucht. Die Stellung der Verbündeten hierzu ist vollkommen klar von Wilson in der jüngsten Botschaft gekennzeichnet worden. Ich unterschreibe achtungsvoll die Worte, deren er sich bediente und denen ich mich anschließe. Ein reinlicher Friede, das ist es, was die Bevölkerung dieses Landes und sämtliche alliierten Völker wünschen. Um ihn zu erreichen — nicht mehr, aber auch nicht weniger — sind sie unbeugsam in Entschlossenheit und festem Willen, vorwärts zu gehen und alle notwendigen Opfer und Anstrengungen zu ertragen.

Sieht man von der trampfhaften Befestigung der „rechtmäßigen Methoden“ und des „guten Rechts“, das natürlich immer nur auf Seiten Englands zu finden ist, ab, so bleibt der Eindruck, daß Asquith schon sehr einsichtig geworden ist. Es heißt überhaupt nichts weiter zum Frieden, als daß die Herren Staatsmänner sich entschließen, das am Verhandlungstisch der Friedenskonferenz offen zu sagen, was sie jetzt in verhängnisvollen Abenteuern einander durch die Presse zurufen. Gerade gegen den Konferenzgedanken sträubt sich aber England am meisten, wie es auch die Pässe nach Stockholm verweigert hat. Darum braucht Asquith den „größten Feind der Menschheit“, der das Erreichen des Friedens erschwert, gar nicht weit zu suchen. Er sitzt in seinem Lande.

Die Kriegslage.

In Flandern blieb am 11. Dezember bei trüber Sicht die Gefechtsstätigkeit auf der ganzen Front tagsüber im allgemeinen gering. Nur während der Nacht lebte die Feuerstätigkeit beiderseits des Nicuport-Kanals verärgert auf. Eigene Patrouillen brachten Gefangene ein. Bahnanlagen und Lager bei Ypern und Kemmel wurden mit beobachteter guter Wirkung mit Bomben besetzt.

In Artois griff am 11. Dezember gegen 5 Uhr nachmittags nach harter Feuerleistung eine feindliche Großpatrouille unsere Stellung an. Sie wurde im Nebelsturm und Gegenstoß geworfen, während wir bei Oppy und bei Gavrelle bei erfolgreichen Unternehmungen Gefangene aus der feindlichen Stellung holten.

Auch auf dem Kampffelde von Cambrai war die Feuerstätigkeit nur zeitweise lebhafter.

Nordöstlich von Reims wurde am Morgen ein feindlicher Patrouillenvorstoß abgewiesen.

In der Champagne drang nach kurzer Feuer vorbereitung eine stärkere feindliche Erkundungsabteilung in unsere Stellung südöstlich Tachure ein, wurde aber im Gegenstoß unter schwersten Verlusten sofort wieder hinausgeworfen.

In Italien wurden bei örtlichen Kämpfen zwischen Brenta und Piave Gefangene eingebracht.

Die Heeresberichte.

Berlin, 12. Dezember, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 12. Dezember. (Amtlich.)

Schlichter Kriegsschauplatz.

Waffenruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen der Brenta und der Piave erzielt wie in örtlichen Kämpfen Erfolg.

Frankreich und Belgien.

Wichtige Interpellationen.

Eponeur Blätter melden aus Paris: Die Kammer beschloß, folgende Interpellationen am 20. Dezember zu erörtern: 1. Interpellation Montets über die ohne Wissen des Parlaments angebahnten Unterhandlungen und Abmachungen unter den alliierten Regierungen, die kürzlich veröffentlicht wurden (zwischen Geheimdokumente), sowie über die der Regierung angelegte der Veröffentlichung notwendiger erscheinender Maßnahmen; 2. Interpellation Mikral-Longuet-Prejsemann über die Politik der Regierung gegenüber Russland; 3. Interpellation Carroille über die Lage, die für Frankreich durch den Zusammenbruch der russischen Front entsteht; 4. Interpellation Margaine über die Hilfe, die die französische Regierung Russland gewähren will, damit Russland sich wieder vollkommen der Entente anschließen.

Rußland.

Die verfassunggebende Versammlung.

Gemäß den gegebenen Anordnungen findet die Eröffnung der verfassunggebenden Versammlung, wenn vierhundert Mitglieder versammelt sein werden, statt.

Die Arbeiterpresse beschäftigt sich eifrig mit der verfassunggebenden Versammlung. Falls die Mehrheit der verfassunggebenden Versammlung nicht einstimmen für die Autorität der Arbeiter- und Soldatenräte sein sollte, wird einerseits die Ausschließung der Rabatten vorgeschlagen, die sich als offene Gegenrevolutionäre nicht mit Organisationsfragen befassen sollten. Andererseits werden überall dort Revolutions vorgeschlagen, wo ein unabhängiger Einfluß der Rabatten auf die Wahlkommissionen besteht. Jedenfalls würden die Rabatten nur eine verfassunggebende Versammlung unterstützen, deren Mitglieder ihnen den Boden von Frieden und Freiheit gewährleisten. Die Volkskommissionen würden die Unter vom Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte empfangene Gewalt nur in die Hände einer Versammlung legen, die sich an den Willen des Volkes wenden würde. Die Kundgebung mit der Besatzung: „Die ganze Gewalt der verfassunggebenden Versammlung“, die von den Rabatten, Kerenski und revolutionären Sozialisten veranlaßt ist, ändert in keiner Weise die Lage. Die ganze Gewalt bleibt in den Händen der Arbeiter, Soldaten, Bauern und derjenigen, die ihre Interessen verteidigen.

Die „Times“ meldet aus Petersburg: Der Eröffnung der Verfassunggebenden Versammlung wird mit großer Spannung entgegengeesehen. Ein Teil der Bevölkerung von Petersburg, der sich vor Unruhen fürchtet, verließ die Stadt. Kerenski, dessen Aufenthaltsort streng geheimgehalten wird, wurde von der südwestlichen Armee zum Abgeordneten in die Verfassunggebende Versammlung gewählt. Auch der frühere Justizminister wurde gewählt, und zwar durch die Regierung der neuen städtischen Republik.

Weitere Fortschritte der Maximalisten.

Der Berner „Lund“ meldet: Nach einer Petersburger Meldung befindet sich nun auch die Murman-Eisenbahnlinie in den Händen der Regierung der Maximalisten.

Wenn die Maximalisten im Besitz der Eisenbahnen sind, dann können auch hier und da auftauchende gegnerische Truppen ernstlich nichts mehr anrichten. Allerdings scheinen sich nach Entente-Meldungen im Süden Russlands nach Kornilowsche und Kaledinsche Truppen zum Vorgehen gegen die Maximalisten zu rüsten. Nach einer Meldung hat in Lananowsta im Don-Gebiet zwischen Maximalisten und 3000 Anhängern von Kornilow und Kaledin ein Zusammenstoß stattgefunden. Die Sturmbrigade Kaledins sind geschlagen worden. Kosakenverstärkungen sollen unterwegs sein.

Neuer Minister des Innern.

Paul „Berner Bund“ ernannte die Regierung in Petersburg Petrowsky zum Minister des Innern und Muranow zu dessen Stellvertreter. Die beiden neuen Minister waren Mitglieder der sozialistischen Fraktion der alten Duma.

Kundgebungen für Pilsudski in Warschau.

Am letzten Sonntag haben Warschauer Studenten Kundgebungen für Pilsudski und die interkurierten Legionäre veranstaltet, welche zur Anwesenheit großer Menschenmengen führten. Bei dem Besuch, unter Absingen aufreizender Lieder ins Innere der Stadt zu ziehen, kam es zu Zusammenstößen mit der Schuymannschaft und hingenommenem Militär. Mehrere Personen, darunter ein deutscher Schuymann, wurden leicht verletzt. Unter den Verhafteten sind drei Studenten, neun Schüler und eine Schülerin höherer Privatlehranstalten. Die Kundgebungen waren von der polnischen Jugend, insbesondere von der Pilsudski ergeben freien polnischen militärischen Organisation vorbereitet und geleitet.

Kongreß der russischen Bauernabgeordneten.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der zweite Kongreß der Bauern-Abgeordneten ist eröffnet worden. Zur Vorsitzenden wurde Marie Spiridonowa mit 260 Stimmen gegen 230 Stimmen, die auf Tschernom fielen, gewählt. Frau Spiridonowa erklärte, daß in der Geschichte Russlands die Macht zum ersten Male in den Händen der Arbeitermassen liege, und daß die Arbeiter- und Soldatenräte sie sich nicht entreißen lassen würden. Die revolutionären Sozialisten der Linken und die Bolschewiki schloßen allein die Interessen der Massen seit 9 Monaten. Frau Spiridonowa schloß ihre Rede mit den Worten: Wir beantragen einen Beschluß, daß die Souveränität der Arbeiter- und Soldatenräte mit der Souveränität des Volkes gleichbedeutend sein soll. — Der Kongreß spendete Beifall.

Die Japaner in Wladiwostok.

Die „Times“ meldet über Washington aus Tokio: Die Nachrichten, daß japanische Truppen in Wladiwostok angekommen sind, werden von der japanischen Botschaft bestätigt. Es wird erklärt, daß die Japaner technische Truppen nach Wladiwostok schicken, um den Hafen als Endpunkt der sibirischen Eisenbahn zu betreiben.

England.

Balfour über angebliche Friedensvorschlüge der Mittelmächte.

Neuer meldet aus London: Im englischen Unterhause hat ein Abgeordneter gefragt, ob Friedensvorschlüge von den Mittelmächten eingelaufen seien und ob die englische Regierung hierüber eine Erklärung abgeben könne. Balfour erwiderte, da die Volkskommissionen in Russland es für nicht ungebührlich betrachtet haben, einen vertraulichen Bericht des russischen Botschafters in London zu veröffentlichen, könne auch kein Hindernis bestehen, mitzuteilen, daß die englische Regierung im September von Deutschland eine Mitteilung erhalten hat durch Vermittlung einer zentralen diplomatischen Stelle, und zwar eine Mitteilung, daß die deutsche Regierung der englischen Regierung gern eine Mitteilung über den Frieden zukommen lassen würde. Die englische Regierung habe geantwortet, jede Mitteilung in Empfang zu nehmen, die die deutsche Regierung ihr zu senden wünsche, um darüber mit ihren Bundesgenossen in Gedankenanstausch zu treten. Die englische Regierung habe die Regierungen von Frankreich, Italien, Japan, Russland und den Vereinigten Staaten von dem deutschen Angebot und von ihrer Antwort unterrichtet. Es sei hierauf nicht geantwortet und auch keine andere Mitteilung empfangen worden.

Italien.

Italienische Flottenaktion gegen Triest.

In der Nacht zum 10. Dezember drangen unsere letzten Schiffe in den Hafen von Triest ein und geben gegen zwei Schiffe vom Typ „Panarch“ vier Torpedoschüsse ab, die erloschten. Ein Schiff, die „Wien“, sank. Unsere Einheiten kehrten wohlbehalten nach ihrer Basis zurück.

Der Seerrieg.

Ein englisches Luftschiff vernichtet.

W.B. Berlin, 12. Dezember. (Amtlich.) Einem unserer Marineflugzeuge, Führer Oberleutnant zur See Christian-Jensen, hat bei einem Aufklärungsflug in den Hoorden am 11. Dezember vormittags das englische Luftschiff „E 27“ vernichtet. Das Luftschiff kurze brennend in die See. Der Chef des Admiralschiffes der Marine.

weigert hat. Ueber die Haltung der Junker bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage im Landtage herrschte große Erregung. In allen Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung mit der Reichstagsresolution vom 19. Juli einverstanden erklärt, die Errungenschaften der russischen Revolution begrüßt und einen baldigen demokratischen Frieden für alle Völker wünscht. Die Versammlungen sprachen sich auch nachdrücklich für die Demokratisierung Preußens und Deutschlands aus, bezürhen die Wahlrechtsvorlage als ersten Schritt, um das wiederholt gegebene Königswort einzulösen und verurteilten Verhinderungen, die gegenüber dem jetzigen Wahlrecht in der Vorlage enthalten sind. Ganz besonders müsse aber die Herrenhaus-Reformvorlage entfallen. Die Versammelten verlangten nach wie vor grundsätzlich die Beseitigung des Zweikammersystems. Schaffung einer wirklichen Volkskammer, allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts, Proportionalwahlrecht, mindestens aber zunächst Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

In Bauen-Kamenz hat der Wahlkampf begonnen.
Die Sozialdemokratie hielt bereits eine Anzahl Versammlungen ab, mit den Abgg. Gradnauer, Buch u. a. als Redner. Am letzten Donnerstagabend fanden in Bauen zwischen den Konservativen und Antisemiten nochmals Einigungsverhandlungen statt, die jedoch ergebnislos verliefen. Der antisemitische Kandidat erklärte in einer darauf folgenden Versammlung, er werde nunmehr den Kampf gegen die Konservativen mit „allem Nachdruck“ aufnehmen. Der fortschrittliche Kandidat Pudor beginnt seine rednerische Tätigkeit im Wahlkreis am Dienstag in einer Versammlung in Bauen. Also ein Wahlkampf ganz nach alter Art.

Was die Vaterlandspartei darf.
Wir entnehmen der Berliner „Welt am Montag“ folgende bezeichnende Notiz:
In der „Schlesischen Dorfzeitung“ (Wohlaue Kreisblatt) vom 27. November findet sich folgendes Inserat:
Landw. Hausfrauen-Verein.

Sonnabend, den 1. Dezember, nachm. 3 Uhr, Monatsversammlung im „Deutschen Hause“.
Unterweisung von Frau Saabor-Kröger über Verwendung getragener Kleidungsstücke, Anfertigung von Schuhzeug, über Schnelllocher und ein Spar- und Arbeitsstern.
Geschäftsbericht und Auszahlung.
Vortrag von Herrn Prof. Wende über den „Zweck der Vaterlandspartei“.
A b s t i m m u n g behufs Beitritt des Vereins.
Um möglichst vollständiges Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Nichtmitgliefern, auch größeren Kindern, ist die Beteiligung in Anbetracht der gemeinnützigen Belehrungen gern gestattet. Papier und Schere zur Anfertigung von Schnitten sind mitzubringen.

Der Vorstand.
Wohlau liegt im Bereich des Generalkommandos Breslau, das für seine Bezirk alle öffentlichen Versammlungen verbieten hat, was der Presse wiederholt Gelegenheit zur öffentlichen Erörterung gegeben hat. In Wohlau aber darf Professor Wende, Vorsitzender der Vaterlandspartei und des Konservativen Wahlvereins, in öffentlicher Versammlung — vor „Richtmitleidern, auch größeren Kindern“! — für die Vaterlandspartei werben.

Dem Kriegsministerium sind etwa 21 ähnliche Fälle von der „Breslauer Volkswacht“ mitgeteilt worden. Den Sozialdemokraten verbietet man jede öffentliche politische Versammlung, auch ohne Kinder.

Aus Südbad und den Harbargerbietern.

Donnerstag, 13. Dezember.

Elend und Luxus.

Kummer und Not, Elend und Sorge sind in mancher Familie ständige Gäste. Nicht nur, daß die Ernährer schon jahrelang ihr Bestes fürs Vaterland hingaben, es herrscht auch in recht vielen Familien bitterste Entbehrung! Wohl wird von privater Seite sowohl wie von der Stadt etwas getan, um die Not zu lindern, doch was verhält sich das im Verhältnis zu der trostlosen Lage so vieler? Das Herz blutet einem, wenn man in der jetzigen Jahreszeit so manches Kind ärmlich gekleidet auf der Straße sieht. Man gehe in die Wohnung der Armen. Raum etwas Genügend, ohne Licht. Und so wohnen viele Angehörige von denen, die draußen ihr Leben für uns liehen, oder noch jetzt das Vaterland für uns verteidigen.

Im Gegensatz dazu gehe man in die Theater, Cafés usw. Da merkt man kein Elend, das durch den Krieg hervorgerufen ist. Ein Luxus wird vielfach von den Damen der sogenannten besseren Gesellschaft getrieben, der direkt aufreißt. In warmen, teuren Pelzen trippeln sie einher. Sie können es sich leicht leisten. Was mögen die alles eingehandelt haben. Nicht nur Lebensmittel, sondern auch alle möglichen Bekleidungsstücke. Ein Brocken ist es vielfach. Sollten diese Leute nicht schon aus Laßgefühl jeden Luxus vermeiden? Sollten sie nicht mit edler Herzen und vollen Händen die Not der Verarmten zu lindern suchen? Auch der Staat würde hier viel energischer eingreifen. Wir haben schon mehrfach Mittel und Wege angedeutet, durch die die größten Ungerechtigkeiten vermieden werden können. Das was hat das geholfen? Immer sind es die Arbeiter-Organisationen, die nur allein ernstlich bestrebt sind, die Interessen der breiten Schicht der Verarmten zu vertreten. Keine Partei ist so bestrebt für sie einzutreten, wie die sozialistische; keine Zeitung vertritt so die Interessen des Proletariats wie die sozialistische. Was ergibt sich daraus? Der man sich, wenn es nur irgend die Mittel erlauben, der sozialistischen Partei anschließen und Leser der Arbeiter-Zeitung mit keine andere Zeitung sollte in einem Arbeiterhaus aufbewahrt werden als die, die stets allein mit allem Nachdruck für die Notleidenden eintritt. Und das ist ganz allein der „Lübecker Volksbote“.

Beitrag. Der Senat hat dem Direktor der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk Max Haase den Titel „Oberkavaler“ verliehen.
Grundstückmarkt, Hypothekerverkehr und Bautätigkeit in Lübeck. Ueber diese drei mit einander in Verbindung stehenden Dinge, auf die der Krieg sehr ungünstig eingewirkt hat, berichtet das hiesige Statistische Amt in seinem Vierteljahrsbericht für die Monate April, Mai und Juni folgendermaßen: Die Belebung auf dem Grundstückmarkt, die schon in den letzten drei Quartalen festgestellt werden konnte, hielt weiter an. Verkauf wurden insgesamt 119 (52 im gleichen Zeitraum des Vorjahres) Grundstücke zum Preis von 3.066.314 Mk. (1.405.459), davon nur 3 (4) mit einer Fläche von 1032 (919) Quadratmeter im Werte der Zwangsversteigerung, die übrigen alle freihändig. Die zwangsversteigerten Grundstücke waren zur Zeit des Aufschlages mit 61.900 Mk. (241.600) besetzt, von denen 22.500 Mk. (134.180 Mk.) von amtswegen gelöst wurden. Der Umsatz auf

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 13. Dezbr. (Mittl.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Von Digmuiden bis zur Ost- und Südküste von der Scarpe zeitweilig erhöhte Feuerstätigkeit.
Deftlich von Bullecourt entziffen unsere Truppen dem Engländer mehrere Unterstände und nahmen 5 Offiziere und 84 Mann gefangen.

Zwischen Moenore und Bendhuile haben sich die schon am Abend lebhaften Artilleriekämpfe heute morgen verschärft. Auch nördlich von St. Quentin gesteigertes Feuer.

Seeresgruppe Ostlicher Kronprinz.
In Verbindung mit Erdbebengezeiten lebte in einzelnen Abschnitten die Feuerstätigkeit an.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Wie vereinbart, begannen heute im Befehlsbereich des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern die Verhandlungen über Abbruch eines Waffenstillstandes, der die zurzeit bestehenden Wasserwege ersparen soll.

Mazedonische Front.
Im Cernabogen wurde in kleineren Unternehmungen eine Anzahl Italiener und Franzosen gefangen.

Italienische Front.
Bei Schneefall und Nebel blieb die Geschäftstätigkeit gering.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Erstolreicher Angriff deutscher Seestreitkräfte.

W.B. Berlin, 13. Dezember. (Mittl.) Deutsche Seestreitkräfte unter Führung des Korvettenkapitäns Heinde haben am 12. Dezember morgens dicht unter der englischen Küste vor der Einmündung der feindlichen Handelsverkehr angegriffen. In erfolgreichem Geleite mit dem englischen Vorkosten wurden zwei große Dampfer und zwei bewaffnete Patrouillensfahrzeuge versenkt. Unsere Streitkräfte kehrten ohne eigenen Verlust oder Beschädigung zurück.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

dem Grundstückmarkt hat sich also gegen 1916 verdoppelt. Hauptstücke wurden 5mal und zwar zum Gesamtpreise von 46.429 Mk. verkauft, während im Vorjahr ein Umsatz in ihnen überhaupt nicht zu verzeichnen war. — Auch der Hypothekerverkehr war lebhafter als im Vorjahr. Die Zahl der Umschriften blieb allerdings mit 287 über 1.220.334 Mk. etwas hinter der vorjährigen (328 über 1.268.804 Mk.) zurück, die der neuen Verpfändungen hingegen von 88 über 506.176 auf 130 über 1.326.726 Mk. und die der Löschungen von 106 über 837.689 Mk. auf 164 über 878.090 Mk. Die Bautätigkeit lag dagegen so gut wie still. Ein Mehrzugang an Wohnungen fand wie 1916 überhaupt nicht statt. Es wurden zwar zwei Einfamilienhäuser mit zwei Wohnungen neu hergestellt, aber es kamen auch zwei Wohnungen durch Umbau in Abgang. Im Bau befanden sich Ende Juni nur 6 Wohngebäude, während ein Jahr vorher doch noch an 11 gebaut ward. Die Zahl der genehmigten Bauausführungen endete mit 61 um mehr als die Hälfte geringer als 1916 (130), und der Bau neuer Wohnhäuser ist in keinem Falle mehr genehmigt worden.

Die diesjährigen Weihnachtsferien für die Schulen der Stadt und der Vorstädte sind jetzt wie folgt festgesetzt worden: Schluß des Unterrichts: Donnerstag, den 20. Dezember 1917, Beginn des Unterrichts: Montag, den 14. Januar 1918.

Die Schulfestien für das Schuljahr 1918 (einschließlich der Osterferien 1919) werden für die Schulen in der Stadt und den Vorstädten sowie für die Bezirkschulen in Travemünde, Schlutup, Moisling, Rüdohr, Siems und Itzelsdorf wie folgt festgesetzt:
Schluß Beginn des Unterrichts:

- Ostern: Sonnabend, 23. März, Dienstag, 9. April
 - Pfingsten: Sonnabend, 18. Mai, Donnerstag, 23. Mai
 - Sommer: Freitag, 5. Juli, Dienstag, 13. August
 - Mikaelis: Freitag, 7. September, Mittwoch, 9. Oktober
 - Weihnachten: Freitag, 20. Dezember, Montag, 6. Januar 1918
 - Ostern: Sonnabend, 12. April 1918, Dienstag, 29. April 1918
- Eine etwaige Späterlegung der Sommerferien bleibt vorbehalten.

Biersteuerung. Es wird gemeldet: Der schlechte Ausfall unserer Getreidemiete erfordert, das in Verbraucherkreisen schon heute wenig beliebte Bier noch „einfacher“ zu machen. Der Zentralausschuß für Inlandsbierverteilung hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine Einwirkung eines Einfaßbieres mit einem Stammwürzegehalt von nicht mehr als 2 v. H. anzusehen sein zu lassen. Leben wir nicht eigentlich unerhört solid? Wer kann sich die letzten zwei Jahre an einen Sudbeutel erinnern? Es geht halt auch beim besten Willen nicht, von diesem Bier den kleinsten Gauner zu erlöshren.

Warum gehen wir denn überhaupt noch ins Wirtshaus? Das Bier kann doch wirklich ein hierarchisches Bier nicht mehr sein. Es schaut uns so melancholisch an, als wolle es sagen: „Wenig, warum bist du bloß da?“ Trotzdem trinkt man gekörnt ohne zwei oder drei Gläser aus, schüttelt sich das Köpchen wie eine Kugel, die ins Wasser gestreut ist, und erzählt sich verflärten Festes von vergangenen Zeiten, als das Bier noch bieder und in kleineren Rausch kein unerschwinglicher Luxus war.

Aber es gibt auch heute noch Gläser, denen keine Stunde vergeht, ohne beim Dünkel, sondern bei keurem Weine, die sich vor allem die Kriegsgewinnler ja leisten können.

Verteilung von Koks aus der Spende der Firma Heintz. Der Senat hat die Vorsitzenden des Ausschusses für Kriegshilfe mit der Verteilung der Spende der Firma Heintz beauftragt. Diese haben beschloffen, in erster Linie die Hinterbliebenen unserer gefallenen Krieger zu bedenken. Jede dieser Familien kann gegen Verteilung der Kriegshilfe über den Besug der Hinterbliebenenrente sowie der neuen Brennholzpreise E unentgeltlich 5 Gutförme über je 1 Zentner groben Hartkoks erhalten. Die Ausgabe der Gutförme findet von Freitag, dem 14. bis Dienstag, dem 15. ds. Mts. vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 2½ bis 5 Uhr im Geschäftszimmer des Ausschusses für Kriegshilfe, Königsstraße 131 statt. Der Koks lagert auf dem Lagerplatz des Ausschusses für Kriegshilfe auf der Wallhalbinsel (neben dem Holzlagerplatz der Firma Emil Meyer) bei der Klappbrücke. Die Ausgabe des Koks geschieht am Sonnabend, den 15. bis zum Sonnabend, den 22. ds. Mts. einschließlich, vormittags von 8½ bis 12 Uhr, nachmittags von 1½ bis 4 Uhr. Zur Verteilung von Stokungen ist schon bei der Entgegennahme der Gutförme zu erklären, an welchem Tage der Koks abgeholt werden soll.

Neuere Kennzeichnung für Padungen von Gewürzen und Gewürzergamitteln. Durch Bekanntmachung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts ist vom 1. Januar 1918 ab die Kennzeichnung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 26. Mai 1916 auf Gewürze und Gewürzergamittel aller Art ausgedehnt worden. Die Padungen, in denen solche Erzeugnisse an Verbraucher abgegeben werden, müssen vom genannten Tage

ab die in der letztgenannten Bekanntmachung vorgeschriebenen Angaben enthalten, insbesondere also die Angabe des Kleinverkaufspreises und derjenigen Person oder Firma, die die Ware herstellt oder unter ihrem Namen in den Verkehr bringt. Soweit Padungen und Behälter, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, vor dem 1. Januar 1917 in den Verkehr gebracht worden sind, dürfen sie noch bis zum 15. Februar 1918 einschließlich feilgehalten und verkauft werden.

Lübecker Strassenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat November. Besördert sind: 1917: 1.690.279 Personen, 1918: 1.479.175 Personen, mehr 210.804 Personen. Eingenommen sind: 1917: 106.653,95 Mk., 1918: 140.372,16 Mk., mehr 26.480,89 Mk.

Neue Vorschriften über Kaminofen. Ueber Kaminofen hat das Kriegsernährungsamt neue Vorschriften erlassen. Er darf in seiner Form hergestellt und nur in dieser sowie als Kaminofen in den Verkehr gebracht werden. Ausgeschlossen sind Beheizungen, die den Einwand werten Honigs erweiden können. Zur Herstellung anderer Heizungsarten darf er nicht verwendet werden. Der Höchstpreis beträgt für den Hersteller in Paketen oder Dosen bis zu 1 Qg. 59,25 Mk., in größeren Behältnissen 59,75 Mk. einschließlich Verpackung und Kraft. Vom Kleinhandler darf nicht mehr als 63 und 59,75 Mk. einschließlich Verpackung frei Lager, Laden oder Wohnung des Empfängers verlangt werden. Im Kleinhandel für das Pfund in Padungen bis zu 1 Qg. 75 Pfg., darüber 78 Pfg. mit Verpackung. Die neuen Bestimmungen treten am 12. Dezember in Kraft.

Im Untergang des Dampfers „Heinrich Horn“. Der Dampfer „Heinrich Horn“ ist, von Emsland mit einer Ladung Holz nach Ostpreußen bestimmt, am 2. d. M. im orkanartigen Nordweststurm an der Nordküste der Insel Langooog gestrandet und dort, als es den Versuch der Insel bei dem sehr bösen Wetter endlich am dritten Tag nach der Strandung gelang, zum Schiff hinauszuwachen, ohne Bekanntschaft angetroffen worden. Die 17 Mann Besatzung, die, soweit die sofort angeforderten Nachforschungen ergeben haben, wahrscheinlich schon vor der Strandung das Schiff verlassen und diesem Verlust den Tod in den Wellen gefunden. Inzwischen sind auch bereits zwei Leichen auf den Inseln Eitelroog und Laneroog angetroffen. Die eine derselben ist als diejenige des von Gletzig gebürtigen 1. Stenemanns Olav Erichsen erkannt worden, der seit einigen Jahren auf verschiedenen Schiffen der Reederei Horn gefahren hat.

Verzögerung von Eisenbahnverkehren. Der Verlust der zur Eisenbahnbeförderung angekauften Güter ist nach den Beobachtungen der Verkehrsverwaltungen zum großen Teile darauf zurückzuführen, daß infolge der jetzt angewandten schlechteren Verpackungsmittel die äußerlich angebrachten Bezeichnungen der Güter während der Beförderung unleserlich werden oder gänzlich verloren gehen. Es fehlt daher jeder Anhalt für die Herkunft und Bestimmungen und es können solche Güter nur sehr schwer, unter Umständen gar nicht mehr ihrer Bestimmung zugeführt werden. Um dem entgegenzuwirken, wird empfohlen, in die einzelnen Packstücke Zettel mit der genauen Adresse des Empfängers einzulegen. Dies einfache Verfahren hat sich im Verkehr mit Angehörigen des Feldheeres sehr gut bewährt.

Noten-Kreis. Wegen anderweitiger Benutzung der Räume wird die Zentrale vom Notenkreis St. Antonstraße 2, am Sonnabend, dem 15. Dezember, geschlossen sein.

Hamburg. Ein Schurkenstreich. Der vielköpfige und schwer vorbestrafte Geldräuber Otto Rudolf May schlich sich im vorigen Jahre an zwei Frauen heran. Er stellte sich als Oberarzt und Auto- und Rennstallbesitzer und Sohn eines verarmten mehrfachen Millionärs vor, von dem ihm eine große Erbschaft zugefallen sei. Es kam zu einem sehr freundschaftlichen Verkehr zwischen dem Herrn Oberarzt und den beiden Frauen. Bei gelegentlichen Zusammenkünften befand sich der Oberarzt zufällig in momentaner Geldnotlage und die Frauen waren stets bereit, ihm auszuhelfen. Auf diese Weise wurde eine der Frauen bei 25.000 Mk. und zwei Stücke Kriegsgeldscheine zu je 200 Mk. les. Die andere um etwas billiger, davon: sie hatte dem Sch. 700 Mk. in bar und ihre Schmuckstücke im Werte von 900 Mk., um ihn durch deren Verkauf aus der augenblicklichen Verlegenheit zu helfen, gegeben. Schließlich kam die eine der Frauen dahinter, daß sie nicht mit einem Oberarzt und Rennstallbesitzer im Verkehr habe, sondern einem Schwindler zum Opfer gefallen sei. Sie ergriff die Anzeige. Als Sch. davon erfuhr, beging er die Gemeinheit, dem Ehemann der Betroffenen mitzuteilen, daß seine Frau ihm die ehegültige Traue gebrochen habe. Der Ehemann strengte darauf die Eheverleumdung an, die auch zur Eheverleumdung führte. Der nun wegen wiederholten Betruges angeklagte Schwindler bestritt, den Frauen irgend welche falschen Versicherungen gemacht zu haben. Die Frauen hätten ihm bei Wirtschaftsständen und sonstigen Gelegenheiten das Geld geradezu aufgedrückt. Durch die Zeugnisaussagen hielt das Gericht Schwindler des wiederholten Betruges für überführt und verurteilte ihn in Rücksicht auf die begangene große Gemeinheit zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren, 450 Mk. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. Oktober. (Mittl.) Antaresboot, Kommandant Kapitänleutnant Jop, haben neuerdings im Sperrgebiet um England 35.000 Tonnen Kohlen versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befinden sich ein großer Dampfer mit 4 Masten, zwei mittelgroße bewaffnete Dampfer, von denen einer durch vier Bewacher gesichert war, ein Passagierdampfer von etwa 7500 Tonnen, sowie ein mittelgroßer Landdampfer.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Basel, 12. Dezember. Die „Morgen Post“ meldet von der rumänischen Front, daß auch im rumänischen Meer mit der Demobilisierung der 48- und 49-jährigen begonnen wurde. Delegierte der neuen maximalistischen Regierung Russlands sind in Jassy eingetroffen und vom König Ferdinand empfangen worden.

III. Stockholm, 12. Dezember. Die schwedische Reichsbank erhöhte den Beschäftigungssatz um ein Prozent auf sieben Prozent.

Luftung.
Für den Breckfons gingen ein:
Dampfer Hollandia 8.00 Mk.
Friedr. Meyer & Co. Lübeck.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Südbad und den Harbargerbietern“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Böhmig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Seiling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co., G.m.b.H. in Lübeck.

Wor Gold fällt,
vor Wasser in Lübeck.
Ludendorff.

Bekanntmachung über Höchstpreise für Äpfel und Birnen.

Vom 16. Dezember ab treten zu den bisherigen Preisen von Äpfel und Birnen die von der Reichsstelle für Gemüse und Obst festgesetzten Zuschläge und sind die Preise folgende:

Erzeuger-Gruppe	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Großhandelspreis einchl. Erfassungszuschl.	Kleinhandelspreis
I	46 Pfg.	54 Pfg.	58 Pfg.	71 Pfg.
II	28 3/4 "	33 1/4 "	36 3/4 "	49 "
III	11 1/2 "	13 1/2 "	17 "	22 "

Die Städtische Obst- und Gemüsestelle ist berechtigt, für die Zumeisung an die Großhändler, Großverbraucher und Kleinhandl. folgende weitere Zuschläge zu berechnen:

M. 1. für den Zentner Äpfel und Birnen Gruppe I und II 0.50
 M. 2. für den Zentner Äpfel und Birnen Gruppe III 0.50
 Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Lübeck, den 18. Dezember 1917. (4046)

Landesstelle für Gemüse und Obst.

Bekanntmachung.

Verteilung von Koks aus der Spende der Firma Heinrich Diesel.

Vom Freitag, dem 14. bis zum Dienstag, dem 18. ds. Mts., werden im Geschäftszimmer des Ausschusses für Kriegshilfe 5 Gutscheine über je 1 Zentner Koks unentgeltlich ausgegeben. Berechtigt zur Entnahme sind die Witwen gefallener Krieger, welche sich durch eine Bescheinigung über den Bezug der Hinterbliebenenrente ausweisen. Ferner ist die Brennstoffkarte B vorzulegen, da der Koks auf die Brennstoffkarte angerechnet werden muß.

Bei der Ausgabe der Gutscheine ist anzugeben, an welchem Tage der Koks abgeholt werden soll. Der Koks laiert auf dem Lagerplatz des Ausschusses für Kriegshilfe auf der Wallhalbinsel (neben dem Holzlagerplatz der Firma Emil Meyer) oberhalb der Klappbrücke.

Lübeck, den 18. Dezember 1917. (4059)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Drucksachen aller Art

fertigt an

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Bekanntmachung.

Abgabe von Schokolade für Kinder.

An Kinder, welche in den Jahren 1908 und 1907 geboren sind, sollen je:

2 Tafeln von je 60 Gramm Schokolade zum Preise von 90 Pfg. für jede Tafel verabfolgt werden.

Gutscheine sind vom Donnerstag, dem 13. Dezember bis Sonnabend, dem 15. Dezember 1917 gegen Vorlegung eines Geburtsausweises und des Lebensmittelfarnehmestandes des Kindes in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II, in der Zeit von 8-1 und 3-5 Uhr zu entnehmen.

Lübeck, den 12. Dezember 1917. (4048)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Sauerkraut

4080

abzugeben in unserer Sammelstelle Salzspeicher (Holstenfor) Pfund gegen 12 Gutscheine.

Kriegsbrosenfammlung Lübeck.

Fritz Bülow Hedwig Bülow

geb. Kelling

Kriegsgetraut.

Für die zahlreichen Geschenke und Glückwünsche danken herzlichst (4050) D. O.



Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Lübeck.

Am 9. Des. starb unser Kollege, der Maurer

W. Kröger

in Selmsdorf im 81. Lebensjahre an den Folgen einer Kriegsverletzung. 4058

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 18. ds. Mts., in Selmsdorf statt. Der Zweigvereinsvorstand.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer am 8. Dezember stattgefundenen silbernen Hochzeit sagen hiermit unsern innigsten Dank.

Wilhelm Oldorp u. Frau.

4052) Selmsdorf.

Junge Mädchen

für leichte Arbeit gesucht.

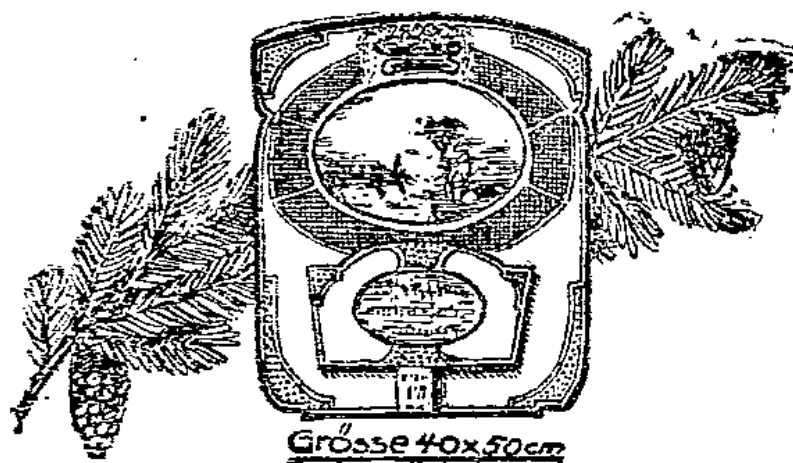
Carl Häuer & Co.

Dornestr. 44. 4041

Eine Weihnachts-Gabe für unsere Kunden

Umsonst Wandkalender

bieten wir unseren Kunden für das kommende Jahr einen in hervorragend künstlerischer Ausführung und bitten, denselben an den Kassen in Empfang zu nehmen.



Größe 40x50cm

Um eine gleichmäßige Verteilung dieses Kalenders herbeizuführen, wird derselbe jedem Kunden, solange vorhanden, beim Einkauf von 2 Mark an einmal verabfolgt. + + +

Holstenhaus

G. m. b. H.

Holstenstraße

Lübeck.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Bilanz am 30. September 1917.

Ufiben.	K.	H.	Paffiben.	K.	H.
An Kassenbestand	4 258	71	Der Reservefonds	56 183	30
Bausparkasten	1 957	—	Parivonds	9 000	—
Bausparkasten G. G. (Güte)	27 501	12	Warenveräußerungsfonds	8 157	49
G. G. G.	171 484	6	Dispositionsfonds	10 569	63
Voransch. und Sparvereins-Bank	98 068	68	Geschäftsausgaben der G. G. G.	169 175	25
Bausparkasten Commerzbank	66 013	61	Sparanlagen	1 148 675	57
Geschäftsanteil G. G. G.	28 973	60	Sparmarkenbuchungen	848	76
Verlagsgesellschaft	—	—	Kautionen	13 246	55
Wohlfahrt	5 129	26	Sparheften	246 850	—
Geschäftsanteil Lübecker Genossenschaftsbücherei	10	—	Unterstützungskassen	14 240	71
Geschäftsanteil "Fortschritt", Altona	50	16	Rabattguthaben der G. G. G.	55 686	22
Geschäftsanteil Lübecker Verbraucherverein	300	—	Rückübertragung	2 914	65
Geschäftsanteil Volksfürsorge	5 671	—	Kriegshilfe	763	68
Geschäftsanteil Kreditbank Lübeck	5 100	—	Guthabungen	11 983	92
Wertpapiere	80 471	60			
Darlehen für Volksfürsorge	950	—			
Darlehen für Meyer & Co.	3 000	—			
Kaution für Gas	25	—			
Kontokorrenten, Wertpapiere, Kassen-Guthaben	1 207	—			
Waren	254 456	96			
Reparatur	49 000	—			
Werkzeugen	5 000	—			
Wahlrechtsgewinn	1	—			
Mühlenanlage	8 000	—			
Mitgliedschaften	4 000	—			
Möbeln	2 500	—			
Wagen und Gespann	16 000	—			
Grundbesitz	682 356	14			
	1 775 985	75		1 775 985	75

Im Geschäftsjahr 1916/17 sind der Genossenschaft 1999 Genossen beigetreten und 262 Genossen ausgeschieden. Am Schluß des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft 10732 Genossen an.
 Die Geschäftsausgaben der Genossen haben sich um 21 883,— Pfg. und die Einnahmen um 23 010,— Pfg. vermehrt.
 Die Einnahmebeitrag am Schluß des Geschäftsjahres 322 110 Pfg.
 Lübeck, den 12. Dezember 1917. (4045)

Der Vorstand.

A. Heize G. Stark

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Die Warenabgabestelle für Manufaktur- u. Hausstandswaren Königstraße 111

ist an den beiden letzten Sonntagen vor dem Weihnachtsfeste am 16. und 23. Dezember von 10 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. geöffnet.
 Der Vorstand.

Feldpostbriefe

5 Briefbogen u. 5 Kuverts 15 Pfg.

Feldpostkarten

10 Stück 10 Pfennig

hält vorrätig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Bilderleisten

einrahmungen Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter u. verw. Ber. Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.

am Sonntag, d. 16. Dezember nachmittags 3 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
 1. Kartellbericht.
 2. Unterstützungsfragen.
 3. Eingänge.
 Um vollständiges und pünktliches Erscheinen erlucht (4049) Der Vorstand.

Stadttheater.

Donnerstag, d. 13. Dez. 1917 Schauspielgemeinde:

Dyckerpotts Erben.

Komödie v. Robert Grätzsch. (Gelbe Karten.)

Freitag, den 14. Dezbr. 1917

Hans Heiling.

Sonnabend, d. 15. Dezbr. 1917:

Jedermann.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Wer ist gegen die handwerksmäßigen Betriebe?

Bei der Wahlrechtsdebatte im preussischen Dreiklassenparlament ist von konservativer Seite das gleiche Wahlrecht auch bekämpft worden mit der Behauptung, es schalte den „breiten Mittelstand“, die vielen Inhaber von handwerksmäßigen Betrieben aus der Volksvertretung aus. Dazu fehlte es natürlich nicht an der uralten, deswegen aber doch unwahren Anschuldigung, die „Sozialdemokratie“ wolle den „Mittelstand vernichten“, freue sich deshalb über seine Bedrängnisse.

Was zunächst die Vertretung des Mittelstandes im Dreiklassenparlament anlangt, so sei konstatiert, daß sich hier unter den 443 Abgeordneten ganze acht Kleingewerbetreibende und Handwerker befinden! Von den 202 konservativen und freikonservativen Abgeordneten sind ganze drei Kleingewerbetreibende und Handwerker! Derart sieht die „Vertretung des Mittelstandes“ unter der Herrschaft des Klassenwahlrechts aus.

Wir sind sodann in der Lage, durch ein merkwürdiges Dokument festzustellen, wie man in Kreisen, die sich nicht zu den Sozialdemokraten gehören, über die Qualitäten und die Existenzberechtigung der handwerksmäßigen Betriebe denkt. Die Betriebsgenossenschaft der Klempner-Rinnung Hannover bemühte sich um Blechdeckelaufträge. Dieserhalb wurden Obermeister Plate (Herrenhausmitglied) und Klempnermeister Frank am 29. September ds. Js. in Berlin beim Waffen- und Munitionsbeschaffungsausschuß vorstellig. Wegen ihres Anliegens wurden die Handwerkervertreter an den zuständigen Dezernenten Rittmeister v. Kries verwiesen. Was sie dort erfuhren, das schildern die Handwerkervertreter in einem Bericht wörtlich wie folgt:

„Nachdem wir unser Begehren vorgetragen hatten, erklärte der Rittmeister, daß er außerstande sei, in dem gegenwärtigen Stadium der Verhältnisse das Handwerk noch mit Aufträgen zu berücksichtigen. In den handwerksmäßigen Betrieben werde nicht so rationell gearbeitet, wie man dies in einem Großbetrieb tun könne. Es fände eine Verzettelung statt, durch die der Rohlen- und Materialverbrauch erhöht werde. Dies könne man aber bei dem gegenwärtigen Mangel an Roh- und Betriebsstoffen nicht verantworten und er habe deshalb als Referent dem Kriegsamt vorzuschlagen, in Zukunft sämtliche Heeresaufträge in die Fabriken zu geben und die selbständigen Handwerksmeister auf Grund des Hilfsdienstgesetzes einzuziehen zu lassen, denn der selbständige Handwerker habe sich ja doch nur selbständig gemacht, weil er sich für einen Fabrikarbeiter zu stolz halte!“

In der Mitgliederliste der sozialdemokratischen Partei ist ein Herr v. Kries nicht zu finden. Er steht politisch den konservativen Parteiführern am nächsten, die sich in ihren Reden als durchaus handwerkerfreundlich geben, den „Handwerkerstand“ als hochqualifiziert preisen und die Sozialdemokratie anschildern, Feinde und Zerstörer des handwerksmäßigen Betriebes zu sein. Herr v. Kries legte den Handwerksmeistern ungeschminkt auseinander, sie seien technisch rückständig, er habe deshalb dem Kriegsamt die Einstellung der Handwerksbetriebe und die Verwendung der Handwerksmeister in Sinne des Hilfsdienstgesetzes empfohlen. Das wurde den hierüber natürlich sehr entrüsteten Innungsmeistern glatt vor den Kopf geschlagen. Wenn es auch hinterher nach einer Beschwerde gehehen hat, Rittmeister v. Kries habe „seine Privatmeinung geäußert“, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß sich eine einflussreiche Amtsstelle recht offenkundig über die Handwerksmeister äußerte. Durch die Klagen der Betroffenen ist bekannt, daß zahllose Handwerksmeister in einer Reihe von Branchen bei Heereslieferungen wenig oder gar nicht berücksichtigt wurden und werden, weil die Fabriken, die großkapitalistischen Betriebe, den Vorzug haben. Einmal außer Betrieb gesetzt, nun gezwungen, als

Lohnarbeiter (an sich natürlich keine Unehre) zu schaffen, werden sehr viel, vielleicht die meisten Handwerksmeister nicht wieder selbständiger Betriebsinhaber. Das ist die Folge der Entwicklung zum Großkapitalismus, die, wie Figura zeigt, auch durch Maßnahmen kriegsamtlicher Stellen künstlich gefördert wird. Man mag das als unabwendbare Maßregel nachzuweisen versuchen, unsere Aufgabe ist das nicht, aber man möge doch gefälligst die unsinnige Behauptung unterlassen, die „Sozialdemokratie zerstöre“ das Handwerk oder sie sei sein „Todsfeind“.

„Italienische Eindrücke“.

Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht Leon Lafage im Pariser „Journal“ vom 16. d. M. die Ergebnisse seiner Fahrt durch Italien. Wenn man auch deutlich sein Bestreben merkt, unangenehme Eindrücke abzumildern, so enthalten seine Skizzen doch viel Bemerkenswertes:

In Tarent (Stadt im Süden, am italienischen „Hafen“) kennen nur wenig Leute die Größe der Gefahr. Man lebt dort im Hintergrund des weiten Meerbusens unter der lachenden Sonne und inmitten der Malaria-Seuche dahin. Ein bißchen Sorge hat man freilich um die Front. Die Frauen verplaudern ihre Zeit und legen Wert auf ihren Haarpuck. Eine Modistin aus Bologna, die den ganzen ersten Stock des Gasthofes, der so gar nichts Palastartiges hat, mietet, empfängt die elegante Damenwelt von Tarent, die sich gegenseitig zwischen Seiden, Samt und Federn bewundern.

In Tarent liest man wenig Zeitungen. Das wird in Bari (auf der andern Seite des „Hafens“) mit einem Schlag anders. Da gibt es schon eine Menge Blätter. In Caserta häufen sie sich zu Bergen. In Rom gibt es ein wildes Sturmlaufen auf die Zeitungshändler. Die rote Ausgabe des „Messaggero“ sah ich in allen Händen zittern. In Genoa gibt es um die Nachmittagsstunde, in der der „19. Secolo“ und der „Corriere mercantile“ erscheint, vor den Kaufleuten der Via Ventisette zwischen den marmornen Säulen einen mächtigen Aufmarsch. Mailand hat sein Kriegsgeschäft aufgegeben.

In Mailand scheint man alles zu wissen. Die Erzählungen der geflohenen Soldaten, die über den Jongo geschommen sind, gehen von Mund zu Mund. Die Börse hat seit mehreren Tagen ihre Pforten geschlossen. Nun kennt man den ersten Einsatz bei der Partie, um die gespielt wird, und die Wahrheit wappnet die Herzen. Angst? Nein. Über alarmiert ist man. In der Hauptstadt der Lombardei löst die Aufregung keinen in seinen vier Wänden. Alles eilt auf die Straße. In der Galleria Vittorio Emanuele halten die ausgebreiteten Kriegskarten vor den Schaufenstern die Massen der stummren Strategen im Zaume. Die Wände sind stark auf die bedrohlichen Punkte gerichtet. Zwischen den blauen Seen und den Schneebergen verfolgt man aufmerksam die alten, aus der Geschichte bekannten Einfallstore. Das Aufbauchen britischer oder französischer Uniformen löst dann Sympathieumgebungen aus. Vor einem Anschlag der Stadtwahlleitung, die sich an die Bürgerkraft mit einem Appell wendet, bleibt eine Mauer, die mit ihren Fischen und Tomaten auf den Markt gekommen ist, ängstlich stehen. Sie kann nicht lesen. „Schlimme Nachrichten, Herr?“ fragt sie voll Sorge. Zwei ihrer Söhne stehen als Besatzler im Felde.

Unterdessen hat die feierliche Vesperandacht im Dome begonnen. Feiner Dunst hat sich bereits über die herrliche Kathedrale gelagert. Hoch aus den Lüften kommt das Geräusch eines Caproni-Fliegers. In der Kirche hört man Orgelklang, sieht man schwarze Säulen, merkt man, wie die Stirnen sich in Falten legen und die Herzen schmerzhaft zusammensinken. Die mächtigen Fensterhöhlen gestatten kein volles Lichtspiel mehr. Das Kirchenlicht gleicht einem schwer beunruhigten großen Herzen. Dieser Tag der Dämmerung ist wie geschaffen für die Undächtigen, die Buße tun wollen. Alle Heiligen aus schwerem altem Silber hat man in Schichtreihen auf den Altären aufgestellt. Sie blicken und stehen für die Stadt. In einer Seitenkapelle strahlt ein siebenarmiger Baum im Kerzenglanz. Alle Herzen wenden sich diesem Hoffnung ausstrahlenden Baume zu.

Später mischen sich viele Gläubige draußen unter die Menge der Spaziergänger in der Galleria und in den Säulenhallen. Es macht mir den Eindruck, als ob es da noch sehr zahlreiche jugendliche und kräftige Bürger gäbe, die weder Argentinier noch Spanier sind. Außerhalb der Stadt soll es manch eine verlassene Scholle geben. In den großen und glänzend ausgestatteten Cafés

eine Fülle hübscher Damen. Bei Biffi, Cova und so weiter ist kein Tisch und kein Stuhl mehr frei. Durch ein wahres Wunder bekommen wir noch Platz. Rings um uns herum italienische, britische und französische Uniformen. Es herrscht eine annehmbare Temperatur, obwohl in Italien weder die Gasthöfe, noch die Bahnhöfe, noch die öffentlichen Lokale geheizt werden dürfen. Die Luft ist blau, denn alle Damen rauchen den feinsten Tabak. Die Musikkapelle spielt mit italienischem Schmelz einen Liebeswalzer, während draußen an der Front Österreich, Deutschland und Bulgaren ins Land hereinbrechen, die Schwelle des Reiches beschmücken und die Stätten der Kunstschätze und der Reliquien bedrohen.

„Ja, ganz richtig,“ sagt uns ein Mailänder Herr, ein Mann der trocknen Zahlen und der Rüstungen. „Sie haben bemerkt: kein Mensch lacht bei uns. Selbst an den Festtagen, wo alles auf dem Corso und in die Cafés strömt, lacht man niemals mehr. Man kommt nur zusammen, um Hoffnungen auszutauschen, Vertrauen zu heben, Herz an Herz zu drücken. Und das alles geschieht leiblich, um sich über die angsteinflößende Erwartung hinwegzutun, die von allen Lippen spricht.“

Eine Stunde später steht man in der Tot 2000 Personen vor dem Gebäude der „Sera“ in Erwartung des Herzscheidungsbeschlusses, der für sie eine Hymne der Trauer und der Hoffnung bildet. Was dem erhellten Eingangstor sieht ihnen ein Mann den Bericht vor. Dann geht es unter lauten Bemerkungen in die dichten Scharen zurück zu den in anglistischem Dunkel liegenden Galerien. Hier kommt unter patriotische Redner die Depesche: der Vormarsch des Feindes hat sich verlangsamt. Es folgen Jubildungen an die Pfleger und die Nachhuten, die sich so wacker gehalten haben. Man läßt die Brüder aus England und Frankreich leben.

An der französischen Grenze am Mont Cenis wird der Berichterstatter von seinen Landsleuten gefragt: „Was sagen die Italiener?“ Er antwortet: „Sie sind ganz hin von eurer Schmelzigkeit und erwarten euch mit Sehnsucht.“

Für unsere Feldgrauen*.

Verwendung von Staatslojen.

Für die Verwendung von eingestellten Staatslojen sind neue Bestimmungen erlassen worden, die in der Hauptsache dahin gehen: Staatsloje, die früher eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen haben, ohne Deutsche gewesen zu sein, sind nicht in der Kampffront, sondern in der Etappe oder im Befehlshaberquartier zu verwenden. Dagegen ist die Verwendung staatenlos gewordener ehemaliger Deutscher und solcher Personen, die seit ihrer Geburt staatenlos sind, nicht beschränkt.

Die in der Kampffront verwandten Staatslojen, die früher eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen haben, sind also auf Anordnung des Armees-Oberkommandos aus der Kampffront zurückzurufen und in erster Linie der Etappe im Austausch gegen dort befindliche Kriegsverwendungsfähige Mannschaften, zur Verwendung zu überweisen. Auf ihren Wunsch dürfen diese Staatslojen jedoch an der Kampffront verbleiben und sind darüber zu belehren, daß ihnen nach § 12 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 ein Anspruch auf Einbürgerung zusteht. — In der Hauptsache steht also fest, daß nur solche Staatsloje, die früher selbst eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen haben, Anspruch darauf haben, aus der Kampffront zurückgenommen zu werden.

Wer hat Anspruch auf Sergeantenlöhnung?

Die Sergeanten bei den mobilen Formationen beziehen im Monat 57 Mark Löhnung. In den Anmerkungen dazu heißt es in der Kriegsbesoldungsordnung:

„In planmäßigen Stellen befindliche Unteroffiziere empfangen nach fünfzehnjähriger Dienstzeit die Sergeantenlojengehälter, nach neunzehnjähriger Dienstzeit die Wizefeldwebel- bzw. die Wizewachtmeistergehälter.“

Die mangelnde Klarheit in der Fassung dieser Anmerkung hat zu einer ganzen Menge Mißverständnissen geführt. Zunächst waren sehr viele Mannschaften der Meinung, daß ihnen nach 5½-jähriger Dienstzeit die Sergeantenlöhnung zustehe. Das war natürlich falsch. Dagegen war ein anderer Irrtum begrifflicher. Viele Unteroffiziere glaubten, daß ihnen nach einer Gesamt-Dienstzeit

* Unter dieser Rubrik werden wir von Zeit zu Zeit kleinere Notizen, die unsere Feldgrauen lebhaft interessieren dürften, bringen.

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

28. Fortsetzung.

„Denken Sie sich nun Ihren Vater in dieser Lage; stellen Sie sich lebhaft vor, was er in einer solchen Situation empfinden würde; denken Sie an sich selbst als Angeklagte auf der Bank der Verdächtige und dann antworten Sie mir: werden Sie nicht alles darum geben, diesem Schicksal zu entgehen, das Sie bedroht, das unabwendbar ist — das, ganz abgesehen von Schuld oder Nichtschuld, nach der Lage der Dinge, durch die zwingende Macht der Umstände, über Sie beide heraufgeführt wird? Denn das wird es, darüber machen Sie sich keine Täuschungen — es sei denn, wir kämen jetzt hier zu einer Verständigung, infolge deren ich Ihnen das Verbrechen geben kann, daß Sie mit diesem entsetzlichen Schicksal, mit dem ganzen Jammer einer solchen Ausstellang, die schlimmer ist, als auf einem Sklavenmarkt verkauft zu werden, verschont bleiben sollen.“

Sibylle hob ihr tränenfeuchtes Gesicht auf und sah mit einem flehenden, fragenden Blick den Polizeibeamten an.

„Sehen Sie,“ fuhr dieser fort, „die Geschworenen haben, wie ich Ihnen sagte, nur die Aufgabe, über das Ja oder Nein der Schuld zu entscheiden. Geheißt also, ein zur Untersuchung Gezogener erkläre selbst seine Schuld: er gebe ohne Rücksicht betrübenden Aufschluß über die Tat und alle ihre Nebenumstände; er verschmähte es in irgendeiner Beziehung der Wahrheit untreu zu werden und stände mit offener Stirn und männlich ehrenhaftem Freimut für das, was er getan, ein — dann würde immer noch das Gericht ihn richten, aber es würde der Geschworenen Ausspruch dabei nicht bedürfen. Das Ja der Jury wird überflüssig, sobald der Angeklagte dies Ja selber spricht. Werden Sie mir also nicht folgen, wenn ich Ihnen den dringenden Rat gebe: legen Sie mir sofort ein offenes Geständnis ab und bewegen Sie dann auch Ihren Vater dazu, den ganzen Anteil, den er an diesen Mordtaten genommen hat, mit einzugeschehen!“

Sibylle erhob sich jetzt groß und entschlossen, als ob all ihr Selbstbewußtsein ihr zurückkehre. Sie trocknete ihre Tränen ab und wies dem Beamten ein Antlitz, auf welchem jeder Zug das Gepräge stolzer Fassung trug.

„Ich danke Ihnen, mein Herr,“ sagte sie, „für das, was Sie Ihre Freundlichkeit und Teilnahme für uns nennen. Ich will annehmen, daß Sie aufrichtig gemeint sind. Obwohl eine wahre Teilnahme weniger vornehmlich gewesen wäre, auf einen bloßen Schein hin, den eine unglückliche Verbindung von zufälligen Umständen erzeugt hat, an unsere Schuld zu glauben, meinen Vater für einen Mörder zu halten! Aber ich will Ihnen das verzeihen. Ihr Beruf mag Sie daran gewöhnen, die Menschen für schuldig zu halten. Das aber, mein Herr, erkläre ich Ihnen — solange Sie von dieser Voraussetzung ausgehen, werde ich Ihnen keine

Antwort mehr geben. Verlassen Sie mich jetzt. Mag dann kommen was da will. Ich bitte, lassen Sie mich allein!“

„Weisen Sie im Ernste dem Freunde die Tür, Mademoiselle?“ verzeigte der Beamte ironisch. „Nun wohl, er weiß, was er einer jungen Dame schuldig ist und geht; aber der Polizeibeamte bedauert unendlich, daß er nicht so galant sein darf, er muß bleiben, bis er noch einige Aufklärungen erhalten hat.“

„Welche Aufklärung verlangen Sie?“

„Wer ist der bewußte Deserteur?“

„Ich weiß weiter nichts von ihm.“

„Er nannte sich einen Deserteur?“

„Ja.“

„Was taten Sie, um sich zu überzeugen, daß er das in der Tat war und nicht etwa ein flüchtiger gemeiner Verbrecher?“

„Ich glaube ihm.“

„Sehr vorzüglich!“ verzeigte der Beamte mit spöttischem Lächeln.

„Ich weiß nichts von ihm, gar nichts,“ antwortete Sibylle.

Der Mensch ist mir in der Nähe der Rheider Burg bei einem Spaziergange begegnet — es sind seitdem vielleicht vierzehn Tage verfloßen. Er hat mir welche Not geklagt.“

„Seine Not . . . welche Not hat er Ihnen geklagt?“

„Nun, seine Angst, wieder eingekerkert zu werden.“

„Wohl — fahren Sie fort.“

„Und ich habe Mitleid mit ihm gefühlt. Ich habe ihm ein Versteck in der Rheider Burg gezeigt, das ich seit den Tagen, wo ich als Kind fast täglich in der Familie des Herrn von Hudarbe verkehrte, kannte. In diesem Versteck konnte er sicher sein, nicht gefunden zu werden.“

„Haben Sie ihm Lebensmittel dahin geschafft?“

„Nein, ich habe ihm überlassen, für sich selbst zu sorgen. Und ich sehe nicht an, Ihnen zu sagen, daß ich ihn für den Verbrecher halten muß. Er hat mir erzählt, er sei desertiert aus Furcht vor einem Herrn im Gefolge des Großherzogs, der aus frühern Lebensverhältnissen her sein Feind sei. Auf ich nicht schreien, daß dieser Herr aus dem Gefolge der Grafen Epauille gewesen, den sein Unglück in die Burg geführt hat, während der Deserteur darin versteckt war?“

„So, das hat er Ihnen erzählt?“ antwortete Ermanns gelehrt und offenbar ungläubig und fuhr dann fort: „Kennt der Hausmeister das Versteck?“

„Nein! niemand außer mir.“

„Und der Deserteur, scheint es, ist noch dort? Sie haben, als Sie sich heute erkundigten, die Antwort erhalten, er sei am vorgestrigen Tage wenigstens noch dagewesen?“

„Diese Antwort habe ich erhalten.“

„Monsieur Ermanns schwieg eine Weile, während der er Sibyllens Züge fixierte.“

„Und Sie gestehen wirklich nicht ein,“ sagte er dann plötzlich, „daß dieser Deserteur das von Ihrem Vater gedungene Werkzeug des Verbrechens war?“

Sibyllens Antlitz zeigte ein sorniges Erröten.

„Ich muß Sie bitten, mich mit solchen Fragen zu verheeren. Sie werden keine Antwort darauf erhalten.“

„Nun, wie es Ihnen beliebt. Aber eine Bemerkung werde ich Ihnen machen dürfen. Hätte der Deserteur aus eigenem Antriebe gehandelt, als er den Mord beging, so könnte es niemand einfallen, zu denken, derselbe habe sich nicht augenblicklich aus dem Staube gemacht. Sie aber fürchteten, er könne noch dort sein. Weshalb sollte er noch dort sein, wenn nicht, weil er noch etwas erwartet, bevor er flieht, vielleicht die Zahlung des Blutgeldes?“

Sibylle antwortete nicht, sondern wandte Ermanns entrüstet den Rücken.

„Sie antworten nicht, Demoiselle — um eins muß ich Sie jedoch ersuchen, bevor ich Sie von meiner Gegenwart befreien kann.“

„Und das ist?“

„Ich muß bitten, daß Sie mir das Versteck in der Rheider Burg näher angeben.“

Sibylle zauderte einen Augenblick, bevor sie antwortete, so groß war ihr Widerwille, mit dem Polizeibeamten noch eine Silbe zu wechseln. Aber mußte sie nicht um ihrer selbst willen alles aufwenden, daß der Fremde, der so wahrscheinlich der Verbrecher war, in die Hände der Justiz falle? Sie war deshalb bald entschlossen, doch nicht schnell genug, um nicht durch ihr Zögern mit einer Antwort dem Beamten neuen Verdacht zu geben.

„Sie scheuen den Verrat?“ fragte er ironisch lächelnd.

„Ich darf nichts scheuen,“ antwortete sie, „was zur Entbedung des Verbrechens führen kann, die hoffentlich nicht ausbleiben und Ihnen beweisen wird, wie rucklos und unverantwortlich Ihre Verdacht ist!“

„Das Versteck also?“

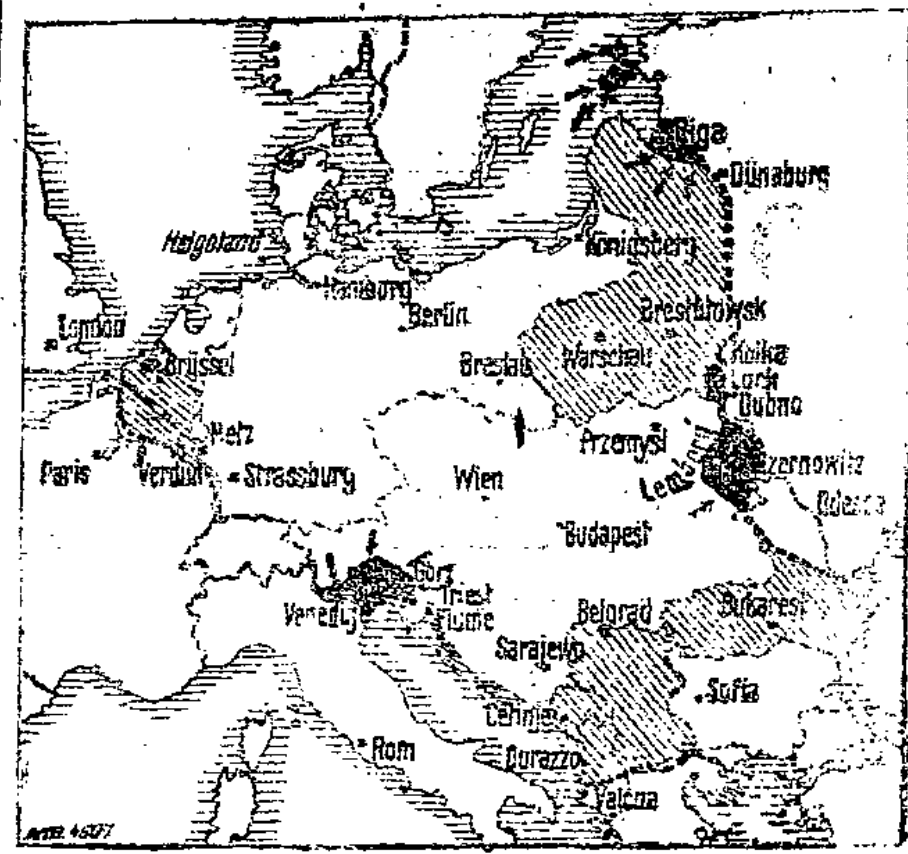
„Der Eingang zu ihm liegt im ersten Stock des alten Gebäudes, im letzten Zimmer zur rechten Hand, wenn man von der Haupttreppe her diesen Stock betritt.“

„Also in dem Zimmer, worin der Graf von Epauille ermordet gefunden wurde?“ fiel Monsieur Ermanns ein.

„Ich weiß nicht, in welchem Raum dies entsetzliche Ereignis vorfiel,“ antwortete Sibylle, „das Versteck aber ist in dem besagten Zimmer. Sie werden die Wände des Zimmers mit Lampbris bekleidet finden. Wenn Sie nun an der Seite des Zimmers, die an den Turm stößt, welcher außen sich an das Gelände anschließt, wenn Sie an dieser Seite das mittlere Gefäß der Lampbris mit einer gewissen Kraftanstrengung links hin zu schieben versuchen, so werden Sie finden, daß es dem Druck weicht und eine vieredrige Öffnung freiläßt, durch welche man schlüpfen kann. Hinter dieser Öffnung aber liegt ein kleiner Raum, der ganz in der dicken Mauer des Turms angebracht ist und in Licht durch ein kleines vergittertes Fenster erhält, welches in das Innere des Turms geht. Es ist dort an einer Stelle angebracht, wo es niemand, der sich in dem Innern des Turms befindet, auffallen kann.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Erfolge der Mittelmächte.



Unsere heutige Karte veranschaulicht die seit dem 12. Dezember v. J. dem Tage der Einnahme von Bukarest, erzielten Erfolge der Mittelmächte auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Die schwarz gehaltenen Flächen bezeichnen das seit diesem Tage neu gewonnene Gelände, die schraffierten Flächen die von uns behaupteten und schon im Vorjahre in unserem Besitz befindlich gewesenen Gebiete.

Landtag abspielte. Bei der Etatsrede Fleishers mit den bekannten „Enttäuschungen“ über angebliche Geheimverträge hatten einige bürgerliche Abgeordnete scharfe Zwischenrufe laut werden lassen und einer ausgerufen: „Rauschmeißeln sollte man den Kerl!“ Kurz darauf behauptete die „Birnauer Volkszeitung“, das Unabhängigenorgan, unter gehässigen Ausfällen, diesen Jurist habe neben andern beleidigenden Anreden den Genosse Wippenhagen Fräbort geißelt. Durch eine Erklärung stellte darauf Genosse Fräbort in der Zweiten Kammer fest, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort ist. Darauf bemäntelte dasselbe Unabhängigenblatt diese Erklärung durch Bemerkungen, die den Ansehenerwachen sollten, die Informationen rührten von einem oder einigen unserer Genossen im Landtage selbst her. Das war eine neue Unwahrheit, die offenbar, wie auch schon die erste von Fleishner selbst herkam. Infolgedessen sah sich aber die sozialdemokratische Fraktion des jüngsten Landtages veranlaßt, durch eine von allen ihren Mitgliedern unterzeichnete Erklärung öffentlich festzustellen, daß diese niedrige Verächtlichkeit völlig aus der Luft gegriffen ist. — Es muß schlamm um etne Partei bestellt sein, die mit solchen Erbarmlichkeiten ihre Parteihülspäpchen zu würzen vermag!

Parteiengenossen, macht's nach! Die Magdeburger „Volksstimme“ hat, wie sie mitteilt, gegenwärtig über 10000 Abonnenten mehr als in Friedenszeiten. Das ist ein Erfolg, wie ihn außer der „Breslauer Volksmacht“ und der „Heinrichen Zeitung“ in Köln kein anderes Parteiblatt aufzuweisen vermag. Alle drei Blätter sind ausgesprochene Mehrheitsblätter.

Eine dritte sozialdemokratische Partei in Rußland. Neben den zwei bestehenden russischen sozialdemokratischen Parteien — den Bolschewiki und Menschewiki — hat sich kürzlich eine dritte Partei gebildet, die sich Sozialdemokratische Partei vereinigter Internationalisten nennt. Während die Differenzen zwischen den Bolschewiki und Menschewiki in der unerbittlichen Auffassung der tatsächlichen Probleme, der Beurteilung der Bündnisfähigkeit der Bourgeoisie, der Einschätzung des Tempos und des Charakters der Revolution begründet sind, sind die Internationalisten ein Produkt der Kriegsdiskussionen. Sie haben in sich Anhänger der beiden Richtungen der russischen Sozialdemokratie aufgenommen. Sie stehen auf dem Boden des Programms der Zimmerwalder Enten, in der Friedensfrage — den Bolschewiki sehr nahe — fordern sie die Bildung eines Konzentrationsministeriums aus Vertretern aller sozialistischen und demokratischen Organisationen, aber ohne die Bürgerlichen. Von den früheren Menschewiki gehören ihnen u. a. an: Axelrod, Martow, Marjnow, von den Bolschewiki — Gorki und die sich um ihn und sein „Kowaja Schisn“ gruppierenden Genossen. Die innere sozialdemokratische Demarkation — Nadeide, Stobelen, Tschernikoff — ist nicht bei den Internationalisten; diese Männer gehören den Menschewiki an.

Kommunales.

Eine großzügige kommunale Möbelstiftung. Die Kölner Stadtverordneten bewilligten einen Kredit von zwei Millionen Mark zur Beschaffung weiterer Kreise mit Möbeln durch eine städtische Möbelstiftung. Die Begründungsrede des Stadtverordneten Kaufmann von war die denkbar schärfste Anklage gegen die wuchernden Treibereien des auf diesem Gebiete bisher ganz freien Handels. Für alte Möbel wird nun die Stadt Köln den Einzelpreis bezahlen. Es wird eine Möbelvermittlungsstelle eingerichtet, die lediglich das Geschäft zwischen Käufern und Verkäufern von alten Möbeln vermitteln soll, um beim Transport zu sparen. Neue Möbel sind heute teuer; so kosten einfache Küchen-einrichtungen 900 Mk., die früher für 160—180 Mk. zu haben waren. Die Stadt hat nun über die Lieferung mehrerer Tausend Einrichtungen Verträge abgeschlossen. Der Kleinhandel wird gegen einen angemessenen Aufschlag zum Verkauf der Möbel herangezogen. Um der Möbelnot nach dem Kriege entgegenzuarbeiten, werden außerdem 4000 Zimmer-einrichtungen zurückgestellt. Bei der Abgabe dieser Möbel sollen vorwiegend Kriegsgetraute berücksichtigt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Raubmord. Die Strafkammer des Landgerichts in Königsberg in Pre. verurteilte den Professor der Theologie an der Universität Königsberg Friedrich Lejns wegen Raubmordbegehung in einem Schreiben vom 6. Mai zu zwei Monaten Gefängnishaft.

Geschäft mit dem Roten Kreuz. Ein umfangreicher Prozeß wegen Kriegswärsers gegen angebliche Personalitäten hat vor dem Düssel-dorfer Landgerichte begonnen. Unter der Anklage, in den ersten drei Kriegsjahren in großem Maße für Zigaretten, Zigarren und Tabak, die nur über das ganze Reich vertriebene Zigarettenwerke des Roten Kreuzes bestimmt waren und bei Soldaten im Felde große Vorteile hatten, Preise genommen zu haben, die einen übermäßigen Gewinn darstellten, haben sich zu verantworten: der Spektakel Hugo Daniels, der Kommerzienrat Hermann Schoendorff, ein Bruder Kaufmann Albert Schoendorff, der Kaufmann Otto Heusch, der

Kaufmann Hermann Caasman und der Architekt Wilhelm Geni u. s. Die Brüder Schoendorff sind Inhaber eines bekannten Unternehmens für die Herstellung von Möbeln und Geschäften und Interieurleistungen, das im Laufe der Jahre in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und dessen Aktienkapital mehrmals erhöht werden mußte. Bei Kriegsausbruch wurde Kommerzienrat Hermann Schoendorff vom Düssel-dorfer Regierungspräsidenten zum Leiter des Düssel-dorfer Zweigvereins des Roten Kreuzes ernannt und ersuchte im Verein mit mehreren angesehenen Düssel-dorfer Bürgern und seinem Bruder Albert, der der Stadtverordnetenversammlung angehört, eine umfangreiche Liebestätigkeit für die Soldaten im Felde. Schließlich tauchten Gerüchte auf, wonach es im Düssel-dorfer Bezirksverein vom Roten Kreuz nicht mit rechten Dingen zugehe. Man erhob den Vorwurf des Kriegswärsers, weil die Brüder, ohne im Zigarettenhandel tätig zu sein, große Abschlässe in Holland in Zigaretten und Tabak zu dem Zwecke tätigt haben sollten, mit dieser Ware Spekulationsgewinne zu verfolgen. Sie sollen den Daniels als Strahmann vorgehalten haben, während die übrigen Angeklagten als Vermittler tätig gewesen sein sollen. Die Anklage wirft ihnen vor, daß sie schon im ersten Kriegsjahre in Kenntnis der Tatsache, daß England Tabak auf die Banwarenlifte setzen und Holland deshalb seine Grenzen gegen Deutschland für Tabak sperren würde, große Mengen Zigaretten rechtzeitig eingekauft und zum Zwecke der Preissteigerung zurückgehalten zu haben. Sie sollen ferner die den Liebesgaben für das Heer eingeräumte Zollfreiheit und Bergausführung in der Eisenbahnbeförderung ihren geschäftlichen Zwecken dienlich gemacht haben. Dem Angeklagten Kommerzienrat Schoendorff wird auch Untreue gegenüber dem Roten Kreuz infosfern vorgeworfen, als er wissenschaftlich schlechte und minderwertige Zigaretten für teuren Preis geliefert haben soll. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld.

Aus Nah und Fern.

Mordanschlag auf den Vater. Der Güterbodenarbeiter Pissel in Berningerode lebte mit seiner Frau in unglücklicher Ehe, die zur Scheidung führen sollte. Der 27-jährige Sohn nahm die Partei der Mutter. Er schlich seinem Vater, als dieser zum Güterboden ging, nach, warf ihm von hinten eine Schlinge um den Hals und riß ihn zu Boden. Der Vater brachte im Ringen den Sohn zu Fall. Beide rollten von der Rampe herunter, wobei sich der Vater den Daumen brach. Der Sohn ergriff nun die Flucht. Die Polizei nahm ihn fest.

Vom Elevator getötet. Der Hospitalist Karl Kühne in Oßersleben machte sich auf dem Hofe der Aktien-Zuckerfabrik am Kohlen-Elevator zu schaffen. Er wurde von diesem in die Höhe gezogen und fiel dann 15 Meter hoch herab, wobei er auf eine Mauer aufschlug. Der Tod trat infolge Schädelbruchs ein.

Die Lebensmittel- und Kohlenlieferungen in Essen a. d. Ruhr. Zu dem Bericht über die großen Lebensmittellieferungen, woran auch Beamte des Kohlenyndikats beteiligt sein sollen, wird von unberichteter Seite mitgeteilt, daß tatsächlich einzelne Beamte des Kohlenyndikats sich in gewinnlühlicher Absicht am verbotenen Lebensmittelhandel beteiligten und sich sogar plichtvergessen unlautere Machenschaften im Brennstoffverhandlungsbereich zu Schulden kommen ließen. Soweit solche Fälle zur Kenntnis des Vorstandes des Kohlenyndikats gekommen sind, wurden die betreffenden Beamten sofort entlassen.

Ein reuiger Dieb. Eine überraschende Wendung trat in der Angelegenheit des Saarbrücker Postkutschers ein. Vorher Sonntag wurde das Personal des Postamtes 3 auf höchste überrascht, als beim Entleeren des Briefkastenrades neben den Briefen auch noch zahlreiche niedrige Geldscheine und Tausendmarktscheine zu Hunderten auf den Tisch fielen. Die Ausbeute stammte aus einem Briefkasten der Poststadt. Beim Zusammenzählen ergab sich den erstaunten Beamten die Summe von 303 168 Mk. Offenbar von Reue erfaßt, hat der Täter, der übrigens mit postalischen Verhältnissen vertraut sein muß, den größeren Teil der entwendeten Summe der geschädigten Postverwaltung zurückgeliefert. Für Mitteilungen, die zur Herbeiführung der hiernach noch fehlenden Summe von mehr als 200 000 Mk. führen, bleibt die Belohnung von 5000 Mk. in voller Höhe bestehen.

Geschworene Feuerbestattung in Bayern. Ein Zeitungsantrag, der auf völlige Einstellung der Feuerbestattung abzielte, wurde im Kriegswirtschaftsausschuß mit der Änderung angenommen, daß die Feuerbestattung von Kohlen für Krematorien eingestellt wird, wenigstens bleibt so die allerdings sehr erschwerte Möglichkeit der Holzfeuerung.

Der Kampf um die Gefandtschaft. Man schreibt der „Frankf. Zeitung“: Auch in deutschen Zeitungen haben wir von dem dringenden Ansuchen des Herrn Trocki an die russischen Gefandten gelesen, ihre Aemter niederzulegen. Es wurde uns auch telegraphisch, daß die Gefandten auf diese höfliche Einladung nicht einzugehen gedenken. Die Einzelheiten klingen aber doch noch etwas dramatischer zu sein, als wir aus der Ferne uns vorzustellen haben. Das ergibt sich wenigstens aus einem Bericht der Kopenhagener „Politiken“, der für die nächsten Tage schon auf einen förmlichen russischen Sonderstreit in der dänischen Hauptstadt vorbereitet. Mit der Kündigung der Maximalisten an das alte Personal ist die Ernennung eines neuen Vertreters Hand in Hand gegangen. Es ist der frühere Korrespondent einer russischen Zeitung in Dänemark, der nebenbei hienächst niemals Maximalist war, aber mit dem neuernannten, maximalistischen Vertreters-minister in Rußland, Schapiro, sehr befreundet ist. Er beabsichtigt nun in diesen Tagen mit Gewalt in die Gefandtschaft einzudringen. Dessen altes Personal aber will das Feld nicht aufwillig räumen. Wenn nun der Vertreter der neuen Richtung trotzdem ins Haus eindringen wird, so wird die Hilfe der dänischen Polizei in Anspruch genommen. Diese wird nach der Auffassung von „Politiken“ diese Hilfe nicht verweigern dürfen, da ja einstweilen die Regierung den alten Vertreter anerkennt. Eine schwierige Situation für den neuen Herrn!

Die Katastrophe in Halifax. Wie Londoner Blätter aus Halifax melden, ist die halbe Stadt in einen Trümmerhaufen verwandelt, namentlich der nördliche und der nordwestliche Teil haben schwer gelitten. Straße neben Straße ist dort zerstört. Die Panik in der Stadt war unbeschreiblich. Der Augenzeuge berichtet, daß der Anblick der Stadt nach der Explosion weit jenseitlicher war, als er ihn auf den Schiffsdecks über Europas erlebte. Weiter meldet die „Central News“ aus London: An der Küste laufen Neuzorler Gerichte um, nach denen durch die Explosionen und Brände in Halifax ein Schaden von über 30 Millionen Dollar angerichtet worden ist. 900 Häuser sind vollständig vernichtet, Tausende sind erheblich beschädigt. 400 Verletzte sind aus Neuzorl und anderen amerikanischen Städten eingetroffen. Die Anzahl der Verwundeten, die bisher auf 500 angegeben wurde, vergrößert sich noch ständig. Lyoner Blätter berichten aus Halifax: Die Überlebenden von dem nordwestlichen Dampfer „Lova“ werden wegen der von der englischen Admiralität angeordneten Untersuchung über die Ursache der Katastrophe, einschließlich Kapitän und Lokführer, in Haft gehalten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.,
Gesamtlitig in Lüneburg.

vor 3 1/2 Jahren diese höhere Löhnung gebührt, denn in der Tat durch die Anmerkung in der Kriegsbeobachtung von einer 3 1/2-jährigen Dienstzeit schlechthin. Dennoch ist auch diese Auslegung unzulässig, denn es ist eine 3 1/2-jährige Dienstzeit als Unteroffizier gemeint. Wer zu B. im Frieden zwei Jahre als Unteroffizier gedient hat und seit Kriegsbeginn wieder unter den Fahnen steht, dem steht von 4. Februar 1918 ab die Sergeantenlöhnung zu, wenn er in dieser Zeit nicht bereits befördert worden ist und damit ganz von selbst in den Genuß einer höheren Löhnung gelangte.

Die Löhnung kriegsgefangener Offiziere.

Die kriegsgefangenen deutschen Offiziere erhalten monatlich in Frankreich: Generale 600 bis 832,50 Franken, Stabsoffiziere 300 bis 495 Franken, Hauptleute 210 bis 277,50 Franken, Leutnants 120 bis 203,25 Franken. Rußland bezahlt jährlich an Generale 1500, an andere Offiziere bis zum Hauptmann 900, vom Hauptmann abwärts 600 Rubel. England gibt den Offizieren bis herab zum Hauptmann täglich 4 Schilling 6 Pence, den niedrigeren Offizieren 4 Schilling. — Die Hälfte von diesen Sätzen darf für Verpflegung abgezogen werden. — Diese Abmachungen beruhen auf Gegenseitigkeit.

Die Küchenkommissionen.

Unter den aus dem Felde kommenden Klagen ist besonders häufig die, daß es an einer genügenden Ueberwachung der Verpflegung fehle und daß die Mannschaften nicht wissen, was ihnen zusteht. Dazu sei bemerkt: In der Küche muß ein Anführer (Kochmeister) vorhanden sein, aus dem ersichtlich ist, was an diesem Tage empfangen wird. Bei der fahrbaren Feldküche ist das allerdings nicht möglich, hätte auch keinen Zweck, weil den Mannschaften durch besondere Essenshelfer vielfach das Essen zugebracht werden muß. Um nun die Interessen der Mannschaften zu wahren, muß bei jedem Truppenteil, der eigene Küche führt, eine Küchenkommission bestehen, die den Namen Küchenverwaltung führt. Sie besteht in der Regel aus zwei Offizieren, deren einer als Vorstand fungiert und einigen Unteroffizieren und Mannschaften. Der Küchenverwaltung ist außerdem ein Sanitäts-offizier beigeordnet. Der Vorstand hat mindestens einmal im Monat den Küchenbetrieb einer unvertretenen Requisition zu untersuchen und von Zeit zu Zeit das Küchenpersonal über die diesem obliegenden Pflichten zu belehren. Der Schriftwechsel mit den Offizieren darf nur durch seine Hand oder durch die des zweiten Offiziers gehen, auf keinen Fall dürfen die Lieferanten etwa mit dem Küchen-Unteroffizier in Schriftwechsel treten, der sich auf Befehle der Küche bezieht. Das zweite Mitglied des Vorstandes hat ferner die Küche öfter auf ihre Bestände zu revidieren. Mit dieser Aufgabe kann auch ein Sanitäts-Unteroffizier betraut werden. Die Unteroffiziere und Gemeinen, die ernannt, nicht gewählt werden, vertreten die Küchenmitglieder. Sie müssen deren Mühsal auf Anordnung des Speisegerichtes oder anderer Behörden der Speise, sowie die aus eigener Wahrnehmung erspringenden Anträge, dem Vorstand unterbreiten. Den Mitgliedern ist mindestens alle 14 Tage Gelegenheit zu bieten, ihre Wünsche und Anträge dem Vorstand vorzutragen.

Als Anlaß eines bestimmten Falles sei aber ausdrücklich bemerkt, daß die der Kommission angehörenden Soldaten nicht etwa Vorgesetzte des Küchenpersonals sind.

Zusagen.

Eine Einrichtung, die nicht genügend bekannt ist, sind die Zusagen, die in Fällen gegeben werden können, in denen eine besondere Hilfe nachsteht. Der Reichstag hat zu diesem Zweck ein besonderes Kapitel im Kriegsetat geschaffen. Kapitel 81a, dessen Höhe nicht begrenzt ist. Aus diesem Kapitel können Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen jederzeit widerwillige Zusagen erhalten, ohne daß jedoch daraus ein Rechtsanspruch abgeleitet werden kann. Diese Zusagen sind Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebenen, wenn keine Kriegszugabe, Verwundungszugabe und einwärtiges Arbeitseinkommen zusammengekommen, erheblich hinter dem Arbeitseinkommen zurückbleiben, das der Kriegsbeschädigte in dem Jahre vor dem Kriege hatte. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß der Kriegsbeschädigte etwa der öffentlichen Armenpflege zur Last fällt. Einmalige Zuwendungen aus diesem Fond können auch gegeben werden, um das Einarbeiten in einen neuen Beruf zu erleichtern.

Im übrigen ist dieser Fond von Wichtigkeit für die Hinterbliebenen von Kriegern. Im Reichstag ist verlangt worden, daß der Versorgung der Hinterbliebenen des Arbeitseinkommens des Gefallenen zugrunde gelegt werden soll. Die dem Verlangen wird bewußt Rechnung getragen, daß Hinterbliebenen eine Zusatzrente bewilligt werden kann, die nach dem Einkommen des Verstorbenen abgemessen wird. Das Mindesteinkommen muß betragen haben: bei Gemeinen und Gefreiten 1500 Mk., bei Unteroffizieren und Sergeanten 1700 Mk., bei Feldwebeln und Offizier-Stellvertretern 2000 Mk. Die Zuwendung an die Witwen beträgt ein Drittel des Arbeitseinkommens des verstorbenen Mannes, jedoch z. B. die Witwe eines Soldaten, der 2400 bis 3000 Mk. Einkommen hatte, eine Zusatzrente von 240 Mk. pro Jahr bestimmen kann. Daneben noch für die verorgungsberechtigten Kinder, für Halbweiser ein Drittel, für Witwen ein Drittel des der Witwe zugewendeten Betrages. Der Höchstbetrag der einer Witwe gegeben werden kann, beträgt 600 Mk., entsprechend einem Einkommen des Verstorbenen von 6000 Mk. Auf keinen Fall aber darf die Hinterbliebenenversorgung mit der Zusatzrente 30 v. H. des Einkommens des verstorbenen Mannes übersteigen. — Auch eine Reihe anderer Härten können aus diesem Fond gemildert werden.

Ernährungsfragen.

Die Lebensmittelkontrolle an der bayerischen Grenze.

Ende Juni wurde eine strenge Ueberwachung der Lebensmittelzufuhr in einem Teile Bayerns begonnen und in den ersten drei Monaten und zwölftägiger Patrouillen beschlagnahmen. Ende Oktober wurde die Ueberwachung auf ganz Bayern ausgedehnt. Das Ergebnis der Ueberwachungsarbeiten bis Ende Oktober, in vier Monaten etwa, im bayerischen Gebiet, drückt sich in folgenden Zahlen aus: Es verfielen der Beschlagnahme vierhundertachtzig Zentner Fleisch, zweihundertachtzig Zentner Käse, einhundertachtzig Zentner Butter und Fett, dreihundertachtzig Zentner Mehl, einhundertachtzig Zentner Honig und einhundertachtzig Zentner Eier. In der Zeit sind es durchweg rationierte Nahrungsmittel, die auf diesem Wege aus Bayern ausgeführt werden sollten. Wenn man in Betracht zieht, daß sich die Ueberwachung in dieser Zeit nur auf etwa ein Viertel Bayerns erstreckte und daß wohl vieles trotz der Ueberwachung die Grenze erreichte, so kann man ein Bild von der Ausdehnung der unerlaubten Lebensmittelzufuhr machen. In einem der letzten Sonnabende wurden an einer Ueberwachungsstelle allein z. B. vier Zentner Käse beschlaggenommen. Die Ueberwachung, mit der man in Bayern beginnt, wird zunächst auch in Württemberg, Hof, Thüringen und Preußen durchgeführt. Besonders erregend sind die Ueberwachung in Hof und in Altpreußen.

Aus der Partei.

Reichstagswahlkämpfe. Eine Konferenz der sozialistischen Abgeordneten des Reichstages in Berlin wurde für den 2. und 3. November in der Stadt zur Kandidatenfrage für die nächste Reichstagswahl. Der Vorstoß des ersten Reichstages, der Sozialisten Reichstagsrat an Stelle des aus der Partei ausgeschlossenen Dr. Erdmann einzusetzen, wurde einstimmig angenommen.

Die Kampfbühnen der Unabhängigen sind überfüllt. Durch den Jahreswechsel haben, das wieder Tage der